

Abonnements
werden beim Verlag und besten
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbar
Broschürenpreis von:
N^o. 4,40 für Deutschland (Postfr.
per Brief-Gruben)
N^o. 2,75 für Österreich (Postfr.
per Brief-Gruben)
N^o. 2, — für alle übrigen Länder
des Reichsvereins (Postfr. 20 Cts.)

Der Sozialdemokrat

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N. W.
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franco gegen franco.
Wöchentliche Briefe
nach England kosten Doppelporto.

Inserate
die bezugsfreie Zeitstelle
3 Pence — 25 Wg. — 30 Cts.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N^o. 35.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Regeln des Postgesetzes abgeben lassen. In der Regel sollte man mit die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postämter. In zweifelhafte Fällen einzuschreiben.

30. August 1890.

Ueber Parteifragen.

II.

In unserer ersten Artikel haben sich am Schluß einige Druckfehler eingeschlichen, die der Berichtigung bedürfen. Erstens muß es statt „Omnipotenz einer nicht verantwortlichen Masse“ „Omnipotenz einer nicht verantwortlichen Presse“ heißen, und zweitens hat in dem Satz „Aber freilich, die Herren wollen ja die Sozialdemokratie in Bezug auf die Organisation auf dem Niveau der bürgerlichen Parteien erhalten“ der Schluß zu lauten: „auf das Niveau der bürgerlichen Parteien erheben“.

Wir können die Fortsetzung unserer Betrachtungen an diese Nichtigkeiten anknüpfen, da es uns ohnehin zweckmäßig erscheint, die Sätze, auf die sie sich beziehen, etwas näher zu erläutern.

In ihrem Bestreben, recht radikal zu sein, sind die Müller, Wille & Co. glücklich da wieder angelangt, wo die Sozialdemokratie von der radikalen Bourgeoisie ursprünglich sich verabschiedete: bei den bürgerlichen Illusionen. Daher denn auch ein großer Theil gerade der liberalen Organe, voran die „Nation“, für sie Partei ergriffen hat.

Die „Freiheit der Presse“ — welches Verbrechen, dieses Palladium aller unerschütterlichen Freiheiten antastet zu wollen! Da sieht man die Bevormundungstendenzen, die der Sozialdemokratie innewohnt, prafelte die „Nation“, das Organ der Banberger, Darch und sonstigen Freihändler. Und „mit der Demokratie ist eine Kontrolle der Presse unvereinbar“, echaoten Herr Kessler und seine Freunde.

Die größere Logik ist dabei unbedingt auf Seiten der Sozialdemokraten.

Für den bürgerlichen Liberalismus ist der Begriff der „Freiheit der Presse“ mit dem Wegfall aller politischen z. c. Einschränkungen erschöpft. Um die ökonomische Seite der Frage kümmert er sich nicht. Aber nichtsdestoweniger erstickt sie, wie gar mancher schon zu seinem Bedrüb erfahren. Mit dem bloßen „Recht“, ein Blatt herauszugeben, seine Ideen in der Presse zu verfechten, ist demjenigen wenig geholfen, der nicht auch die Mittel dazu hat.

Die „freie Presse“ ist auch schon recht, wer Geld hat, der kann sich literieren. . . .
heißt es in einem früher viel gesungenen sozialistischen Liede, das den älteren Genossen wohl noch bekannt ist. Wer das nötige Geld nicht aufbringen oder aufwenden kann, für den ist das Recht der freien Presse ein recht bitterer Lohn, seine Ideen und seine Interessen bleiben unvertreten, ebenso wie Tausende und Abertausende heute beim Recht der Erwerbsfreiheit trotz aller Lust zum Arbeiten verhungern können.

Hält man das dem Liberalen entgegen, so antwortet er: Schon gut, aber die Gesetze des freien Wettbewerbs bringen das Alles in Ordnung.

Wie dieses „in Ordnung bringen“ jedoch vor sich geht, weiß man. Durch maßlose Verschleuderung von Kraft und Material, über Selatonden von Opfern aller Art hinweg, läßt die bürgerliche Gesellschaft die Dinge sich „von selbst regeln“, überzeugt, daß das Endergebnis das beste aller möglichen Resultate sein wird. Die Sozialdemokratie hat diesen Glauben als einen frommen Wahn längst aufgegeben. Sie sieht die Notwendigkeit nicht ein, die Lösung der gesellschaftlichen Fragen dem „Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ zu überlassen, sondern sucht Einrichtungen zu schaffen, die es ermöglichen, das erstrebte Resultat auf gradem Wege zu erreichen. Das gilt aber wie auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, so auch auf dem der Presse. Die Presse aus einem kapitalistischen Institut in ein soziales umzuwandeln, in einen öffentlichen Dienst, wird eine der Aufgaben des Sozialismus sein. Einrichtungen der Allgemeinheit erfordern jedoch zugleich eine öffentliche Kontrolle, damit sie nicht in ihr Gegenteil umschlagen und Privatinteressen (Einzelner oder Gruppen) dienen, statt dem Allgemeininteresse. Gegen den Mißbrauch der Kontrolle schützt das gleiche Interesse aller an den Vortheilen des Instituts, bei der Presse also an der freien Ausübung des gedruckten Wortes.

Weit entfernt, mit einer Demokratie „unvereinbar“ zu sein, ist daher eine solche Kontrolle der Presse in einer wirklichen Demokratie eine unerlässliche Bedingung ihrer guten Funktion. Sie bedeutet keinen Gewissenszwang, beeinträchtigt in keiner Weise die unabhängige Kritik, wie die „Nation“ unterstellt, sondern sichert im Gegentheil die Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung auf dem Wege des gedruckten Wortes. Ungeheuerlich ist der Gedanke dieser Kontrolle nur, soweit der heutige Klassenstaat in Frage kommt. Gegenüber diesem haben wir natürlich die bürgerliche Pressefreiheit zu verteidigen. Aber nichts hindert uns, in unsern inneren Angelegenheiten dem sozialen Charakter der Presse Rechnung zu tragen.

Ein konkretes Beispiel mag das veranschaulichen. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ war bei ihrer Gründung bestimmt, Organ der Genossen von Dresden und Umgegend zu sein. Als solches wurde sie von diesen aufgenommen und durch Agitation unterstützt, und als solches galt sie auch auswärts. Als sie daher ihren Feldzug gegen die jetzige Parteivertretung und die sitzenden Grundsätze der Parteitalistik

eröffnete und Nummer für Nummer, nicht bloß in Zeitartikeln, sondern auch in sehr büssigen Notizen angreifend vorging, mußten die Herrschenden annehmen, sie handle im Einverständnis mit mindestens einem großen Theil der Dresdener Genossen. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß das nicht nur nicht der Fall war, sondern daß die übergroße Mehrheit der Dresdener Genossen das Vorgehen der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ entschieden mißbilligte. Niemand, ausgenommen vielleicht Freund Sted in Bern, wird den Dresdener Genossen nun zumuthen, sich noch fürderhin von einem Organ vertreten zu lassen, das eine Kampfweise pflog, die sie durchaus für schädlich erachten. Nach der bürgerlichen Auffassung der Pressefreiheit bliebe ihnen somit nichts übrig, als ein Gegenblatt zu gründen und dieses einen lustigen Konkurrenzkampf mit der „Sächs. Arbeiterztg.“ eröffnen zu lassen. In dem vorliegenden Falle wäre derselbe allerdings schnell beendet gewesen, nehmen wir aber an, Anhänger und Gegner ständen sich in ziemlich gleicher Stärke gegenüber. Wie viel Kraft würde in diesem Kampfe zwecklos verschleudert werden, wieviel gegenseitige Erbitterung geschaffen, wie schwer das gemeinsame Interesse gefährdet! Und da die Sozial-Presse nicht nur auf die eigentlichen Genossen, sondern auch auf die mehr oder weniger mit der Partei sympathisirende, aber ziemlich unklare Arbeiterschaft für ihren Bestand angewiesen ist, so würde der Ausgang dieses Kampfes keineswegs von der Güte der verfochtenen Sache, sondern von ganz außerhalb der Streitfrage liegenden Umständen abhängen. Die Länge des Geldbeutels, von der die technische Ausstattung des Blattes z. c. abhängt, würde dabei u. A. eine große Rolle spielen.

Ist dem nicht die sozialistische Lösung vorzuziehen, die da sagt, das Organ soll der Gesamtheit gehören, in ihrem Interesse verwaltet werden? Ja, wird man uns einwenden, aber wenn die betreffenden Genossen unter sich gespalten sind, da stehen wir doch wieder am selben Fleck. Das ist jedoch durchaus nicht der Fall. Erstens fällt ein Motiv ganz aus: das materielle Sonderinteresse. Zweitens aber würde, wenn eine Einigung am Ort nicht zu erzielen wäre, eben die Kontrolle der Gesamtpartei, d. h. des damit beauftragten Vertretungskörpers, einzutreten haben. Gewiß wird dieser niemals unfehlbar sein, aber er vertritt doch gegenüber den lokalen oder Gruppen-Interessen, bezw. Gegensätzen, die allgemeinen Interessen, geht durch die Natur der Sache von weiteren Gesichtspunkten aus, und bietet so die Gewähr einer möglichst unparteiischen, von der Rücksicht auf das Gesamtwohl diktierten Entscheidung. Schließlich gibt es jedoch über ihn hinaus noch den Appell an den Parteikonferenz, an die Gesamtheit. Und gestützt auf die Erfahrungen der Partei vor dem Ausnahmefall behaupten wir, daß eine Kontrolle der Parteipresse in diesem Sinne eine zehnmal bessere Gewähr einer freien Diskussion bietet, als die „Pressefreiheit“ nach dem Muster der bürgerlichen Pressenarchie.

Gewöhne man sich nur ab, die Dinge abstrakt zu nehmen, ohne dabei die tatsächlichen Verhältnisse in Berücksichtigung zu ziehen. Aber das kennzeichnet gerade die „neuen“ Parteireformer, daß sie eine wunderbare Fortkriebe für abstrakte Theorien und eine souveräne Verachtung für die konkreten Thatsachen haben.

So leitartikelte z. B. neulich die „Magdeburger Volksstimme“ über die direkte Volksgesetzgebung. Daß der Verfasser sich dabei geberdete, als habe er Amerika entdeckt, wollen wir ihm nicht weiter anrechnen. Weil die Sache dem „kundigen Sozialforscher“, wie er sich bescheiden nennt, neu war, mußte sie ja auch allen übrigen Menschen neu sein. Aber nicht genug, der stammenden Welt keine Entdeckung mitzutheilen, verlangte er auch, daß die deutschen Arbeiter sofort die direkte Volksgesetzgebung zu ihrem Feldgeschrei erheben. Daß für eine leidliche Funktion der Volksgesetzgebungsmaschine im heutigen Deutschland so ziemlich alle Voraussetzungen fehlen, — die staatlichen Einrichtungen, die politischen Freiheiten, das starke politische Leben, das in der Schweiz im kleinsten Dorfe pulst, während bei uns ganze ganze Landstriche noch politisch todt sind — das kümmerte den Artikelschreiber weiter nicht. Was in der Schweiz sich so schön bewährt hat, muß überall und unter allen Umständen passen.

Und dabei sind diese wohlthätigen Schöpfungen der direkten Volksgesetzgebung selbst in der Schweiz noch sehr an den Fingern abzuzählen, von der Fabrikgesetzgebung abgesehen, die aber auch nur mit Hilfe der konservativen Bauernschaft, die den Liberalen einen Streich spielen wollte, zur Annahme kam. Der Artikelschreiber weiß neben der Fabrikgesetzgebung nur noch ein Beispiel anzugeben, wo die Volksabstimmung ihren Nutzen erwiesen habe: bei der Verstaatlichung des Getreidehandels. Diese habe nämlich das Volk im Kanton Zürich „beinahe (!) durchgesetzt“. Und was hätte es damit erreicht? fragt er, und setzt hinzu: „Billiges Brod! Eine derartige Realpolitik treibt das Volk!“

Eine „Realpolitik“, die die Erreichung billigen Brodes mit zirka 30,000 gegen 22,000 Stimmen ablehnt — so ver-

*) Wobei wir natürlich die Epoche der Schweizerischen Diktatur im „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ ausnehmen.

hielt sich nämlich das „beinahe durchsetzen“ — dürfte Manchem etwas zweifelhaft erscheinen; jedenfalls zeigt sie, daß man nicht bloß „Voll“ zu sein und „vom Saub gedrückt“ zu werden braucht, um der „kompetenteste Beurtheiler der sozialen Gesetzgebung“ zu sein, wie der Verfasser kategorisch erklärt, sondern daß auch ein bißchen soziale Erkenntnis dazu gehört. Im heutigen Deutschland mit einer in ihrer Mehrheit so zurückgebliebenen Landbevölkerung, seinem bürokratischen Verwaltungsapparat z. c., haben wir wirklich vorläufig noch Dringenderes zu thun, als in's Blaue hinein auf den Parlamentarismus zu schimpfen und dem napoleonischen Plebiszit — denn darauf würde bei uns die „Volksgesetzgebung“ hinauslaufen — das Wort zu reden. Wenn es in der Schweiz möglich war, mittels der Volksgesetzgebungsmaschine 1879 die Todesstrafe wieder einzuführen, was hätten wir da erst in Deutschland zu gewärtigen?

Wohlgemerkt, wir sind durchaus Anhänger der direkten Volksgesetzgebung. Aber wir wissen auch, daß sie nur dort ohne Schaden für die Sache der Freiheit und des Fortschritts eingeführt werden kann, wo sie ein in der Ausübung seiner politischen Rechte geschultes Volk, sowie eine ganze Reihe demokratischer Einrichtungen vorfindet, die in Deutschland fast sämtlich noch fehlen. Um zu ihr zu gelangen, müssen wir vorerst für diese kämpfen, und dazu gehört die Regierung des Volks durch seine gewählte Vertretung, d. h. das Parlament.

Die Mängel des Parlamentarismus liegen heute so offen zu Tage, daß wirklich sehr wenig dazu gehört, über dieselben klug zu schwätzen. Sie bilden das Modegeschrei aller Reaktionsäre, blasirten Bourgeois und verkommenen Genies. Wir Sozialisten haben keinen Grund, in das, meist sehr interessirende Geschrei dieser Herren einzustimmen. Wir dürfen aber die Kritik des Parlamentarismus nicht die Thatsache vergessen, daß derselbe eine notwendige Phase im Entwicklungsleben der Völker bildet, und daß in Deutschland heute der Kampf für die Rechte des Parlaments mit dem Kampf für die Volksrechte zusammenfällt. Erst auf einer späteren Stufe wird es heißen können: hier Parlamentarismus, da Volksgesetzgebung, vorläufig zeigt in Deutschland der Wegweiser noch auf den Parlamentarismus als Vorstation zur Volksgesetzgebung. Den Parlamentarismus heute bekämpfen, ist nicht revolutionär, sondern reaktionär.

Indes, es klingt so hübsch radikal. Man kommt sich so erhaben vor, wenn man sich über alle die unbehaglichen Thatsachen, die uns vorläufig noch auf die Ausübung des Parlamentarismus verweisen, mit einem eleganten Satz — in der Theorie — hinwegsetzt. Das nennt man dann „theoretische Ueberwindung“. Schade nur, daß solche theoretische Leistung nicht mehr praktischen Werth hat als ein geträumter Luftsprung.

Man wird uns vielleicht entgegenhalten, es heiße die Kämpfer entmuthigen, wenn man sie immer wieder auf die Entwicklung verweist, daß Ziel selbst aber in so weiter Ferne liegt. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Denn wenn die Völker auch die Phasen ihrer Entwicklung nicht überspringen können, so können sie sie doch, wie Marx sagt, abkürzen. Und gerade darum ist es notwendig, daß wir die Gesetze, nach denen sich die Entwicklung vollzieht, ihre Wege, kennen und darnach handeln lernen. Nur so können wir uns vor Abwegen, vor Verzettlung unserer Kräfte, nur so gelangen wir dahin, mit voller Macht Hinderniß nach Hinderniß zu nehmen, bis unser Ziel erreicht ist. Nur die Erkenntnis führt zum Sieg, der Weg zu Niederlagen ist mit Illusionen gepflastert.

Die sozialistische Presse und das Inseratenwesen.

In der bereits in voriger Nummer von uns erwähnten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Berliner Wahlkreis, sagte der Sattler W. Böner u. A. den Genossen Bebel an, derlei habe auch eine Anfrage von ihm (Böner), weshalb dem Antrag, das Berliner Volksblatt, Prospekte von Aktiengesellschaften aufzunehmen, nicht gestattet werde, geantwortet: dagegen lasse sich nichts machen, denn derartige Inserate bringen Geld.

In einer vom 14. August datirten Erklärung antwortet Bebel darauf: „Ich erkläre diese Darstellung für un w a h r. Ich habe vielmehr gesagt, daß jeder berechtigten Beschwerde Rechnung getragen werden soll, und so ist damals sofort an die Expedition des Berliner Volksblatt die Meinung ergangen, solche Prospekte nicht mehr anzunehmen. Im Allgemeinen ist in Bezug auf die Anzeigen des Berliner Volksblatt mit einem Rigorismus vorgegangen worden, wie kaum bei einem zweiten Arbeiterblatt; ohne diesen Rigorismus in der Auswahl der Anzeigen würden die Ueberläufe des Blattes wenigstens 10—15,000 Mark höher sein.“

Damit wäre die Auflage des Böner abgethan. Denn selbst wenn sich Jemand fände, der Bebel nicht glaubte, so ließe sich an der Hand der Thatsachen leicht die Probe auf seine Angaben machen. Außerdem haben sich auch verschiedene andere Behauptungen des Böner als so freivolle Lügen erwiesen, daß an der totalen Un glaubwürdigkeit dieses Menschen gar kein Zweifel bestehen kann.

Aber die Sache selbst scheint uns damit nicht erledigt. Wir müssen wenigstens gestehen, daß wir noch gar nicht überzeugt sind, warum es für ein Arbeiterblatt, sobald es überhaupt Geschäftsverhältnisse aufnimmt, verboten sein soll, Prospekte von Aktiengesellschaften aufzunehmen. Wir leben in dieser Auffassung eine arge Kleinbürgererei und, was von der Kleinbürgererei meist untreubar, Inkonsistenz.

Wenn Jemand sagt, die politische Presse soll überhaupt keine geschäftlichen Interests aufnehmen, so ist das ein Standpunkt, über den sich streiten läßt. Rasche hat sich bekanntlich dahin ausgesprochen und von einer Trennung des Interesses von der politischen Presse eine Lösung des Räubers derselben versprochen. Und scheint das Mittel hierin in jeder Hinsicht von zweifelhaftem Werth. Wenigstens fällt ein Vergleich der politischen Presse Frankreichs, die unter der Herrschaft der napoleonischen Verfassung fast keine Geschäftsbannonen hat, mit derjenigen Englands, die zum großen Theil von Anzeigen lebt, entschieden zu Gunsten der letzteren aus. Auch ist in Frankreich keineswegs die politische Presse weniger das Monopol der Kapitalistenklasse als in England. In Paris z. B. muß Einer Hunderttausende von Franken auf's Spiel setzen können, um ein tägliches Blatt nur mit einiger Aussicht auf Erfolg einzuführen. Und Wochenblätter werden in Paris nicht gelesen. Die Reklame ist aus dem Interests theil in den redaktionellen Theil gewandert, und da die Konkurrenz den Preis der Blätter so herabgedrückt hat, daß sie aus dem Erlöse des Zeitungsverkaufs allein nicht bestehen können, so zwingt dieselbe Konkurrenz eine Zeitung es der andern nachzumachen. Es ist z. B. ganz allgemeine Sitte, den Vorkursbericht an ein Finanzjournalistikum zu verkaufen, und das ist denn doch noch etwas ganz Anderes, als die Anzeige einer Aktiengesellschaft im Interests theil einzuwickeln. Der Vorkursbericht soll dem Publikum eine unparteiische Schilderung der Bewegungen und Entscheidungen des Marktes geben, vom Interests theil aber wird keine Unparteilichkeit erwartet, man weiß, daß dort jeder Kaufmann seine Waare preist.

In der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft bedeutet die Trennung des Interests von der politischen Presse eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung derselben. Eine Ausnahme machen nur solche Blätter, die der Konkurrenz mit der gleichartigen Presse entzogen sind. So z. B. konnte der „Sozialdemokrat“ jedes Interests abweisen, weil er mit keinem bürgerlichen Organ zu konkurriren hatte. Er wollte nicht Erfolg, sondern Ergänzung der Tagespresse sein.

Anderes diejenigen sozialistischen Organe, die die bürgerliche Presse ersetzen, verdrängen sollen. Ihnen die Aufnahme von Geschäfts-Anzeigen generell verbieten, geht nicht an. Es ließe, sie konkurrenzunfähig machen, sie auf diejenigen beschränken, die schon für den Sozialismus gewonnen und so gute Genossen sind, daß sie sich nicht daraus machen, ihr Blatt erheblich theurer zu bezahlen, als das übrige Publikum, während die große Masse nach wie vor auf die bürgerliche Presse angewiesen bleibt, die bei größerem Abzug auch technisch mehr zu bieten im Stande ist.

Der Gedanke, so den Wirkungskreis der sozialistischen Presse selbst zu verengern, ist daher auch allgemein fallen gelassen. Dagegen hat man sich längst: Interests und Interests ist zweierlei. Interests, die ganz ausschließlich geschäftlichen Zwecken dienen, haben aus der Arbeiterpresse fortzubleiben. Das ist ein Kompromiß, aber kein Schlimmeres, als wir deren hunderte im täglichen Leben eingehen, in der Erkenntnis, daß schon heute nach sozialistischen Grundsätzen zu leben geradezu unmöglich ist, außerdem aber auch ganz zwecklos wäre.

Es nun die Begründung einer Aktiengesellschaft eine gemeinschaftliche Handlung? An sich keineswegs. Gewiß, daß die solchen Gründungen oft Schwindel getrieben wird, aber wo findet heute kein Schwindel statt, welcher geschäftlich ist vor betrügerischen Manipulationen geschützt? Keiner. Jede Anzeige juristisch, hinter der in dgl. gewisse Schwindel und Uebervorteilung steckt, hieße alle Anzeigen juristisch. Wenn Dr. Schütz angibt, daß er sich als „Spezialarzt für geschlechtliche Krankheiten“ niedergelassen hat, der „alle, auch die hartnäckigsten Fälle“ heilt, so weiß man, daß der Mann ein Schwindler ist, der die Unwissenheit, falsche Scham u. a. ausnützt, um, zeigt aber der Mäler an, daß er sich als praktischer Arzt u. niedergelassen hat, so ist an der Anzeige an sich nichts Verwerfliches. Und doch kann Dr. Mäler in keiner Art ein ebensolcher Schwindler sein, wie sein Pseudonym. Oder, um ein anderes Beispiel zu wählen. Es liegt uns fern, auf den Beruf der Schankwirthe insgesamt einen Stein zu werfen. Aber Niemand wird auch widersprechen, wenn wir behaupten, daß es unter den Schankwirthen eine große Anzahl ganz gewöhnlicher Patronen gibt, deren Lokale wahre Giftstätten sind, wo die Befucher systematisch an Leib und Seele ruiniert werden. Solch einem Burschen kommt es natürlich auch gar nicht darauf an, daß, wenn es das „Gesetz“ erfordert, Sozialdemokrat zu nennen. Und Niemand kann es der Anzeige: „Grußworte den Genossen mein Lokal“ ansehen, ob dahinter sich ein Schank oder ein rechter Mensch versteckt, der sein Gewerbe ehrlich und unabhängig betreibt, bei dem sich der Arbeiter wirklich nur erholt. Man braucht kein grundsätzlicher Gegner des Alkoholgenusses zu sein, um den Schaden, der in den bezeichneten Giftstätten dem Volksgenossen zugefügt wird, als ganz ungeheuer zu bezeichnen. Aber trotzdem werden sich nur sehr wenige finden, die deshalb alle Wirtschaftsinhaber aus der Arbeiterpresse verbannen wollen. Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß das eine übertriebene Bevormundung wäre. Die rechte Wirtschaft auszufinden und die schlechten zu meiden, müsse den Einzelnen überlassen bleiben.

Man, nicht anders steht es mit den Aktiengesellschaften. Die Form der Aktiengesellschaft ist eine an sich durchaus nicht verwerflichere Form des Geschäftsbetriebes als irgend eine andere Form desselben. Sie ist ein natürliches Produkt der modernen Produktionsentwicklung, und gerade wir Sozialisten, als Partei des gesellschaftlichen Fortschritts, erkennen das bei jeder Gelegenheit an. Warum soll es also verwerflich sein, den Prospekt einer Aktiengesellschaft im Anzeigenthail aufzunehmen? Weil schon Leute bei Aktiengesellschaften Geld eingezahlt haben? So können wir natürlich der Speichler sagen. Wenn in dgl. er wisse Schwindel dahinter steckt? Dann fort mit allen Geschäftsanzeigen. Weil es sich dabei um große Kapitalien handelt? Nun, das könnte doch höchstens zur Folge haben, daß der Prospekt gerade in einem Arbeiter-Blatt sehr ungünstlich steht.

Kurzum, es ist nach unserer Ansicht absolut kein Grund ersichtlich,

warum ein Arbeiterblatt den Prospekt einer Aktiengesellschaft anders behandeln soll, wie jede andere Geschäfts-Anzeige. Will man solche überhaupt aus der Arbeiterpresse verbannen — gut. Es wäre ein besserer Standpunkt, aber wenigstens konsequent. Auch die Verbannung gewisser Schwindelkategorien unter den Anzeigen läßt sich rechtfertigen. Aber die Grundfrage, nach denen dabei verfahren wird, müssen unserer sozialistischen Einsicht entsprechen und nicht den Vorurtheilen des Speichlers. Dieser haßt die Aktiengesellschaft gewöhnlich: Erstens, weil er die Großproduktion haßt, und zweitens, weil er sich beim Spekulieren die Finger verbrannt hat. Sein Haß ist nichts als verdrängte Liebe. Der Sozialismus theilt ihn ebensowenig wie er die sonstigen Gefühle des Kleinbürgerlichen Philisters theilt.

Aus Frankreich.*

4 Paris, den 11. August 1890.

Das Kapitel vom Massenmord der Arbeiter durch die kapitalistische Raubgier ist um eine weitere graunige und erschütternde Seite vermehrt worden. In dem der Aktiengesellschaft von Villebois gehörigen Kohlenbaugebiet in St. Etienne fanden am 29. Juli und am Morgen und Abend des 4. August drei Explosionen statt, welche zusammen 161 Opfer Leben oder Gesundheit kosteten. Die Zahl der als Leichname aus der Grube gezogen oder bis jetzt ihren Wunden erliegenden Kohlenarbeiter beträgt 117. Die erste Explosion vernichtete mit einem Schlag von den circa 160 Arbeitern der Nachschicht mehr als 140 in Todte oder lebenslängliche Krüppel. Bis heute zählt man 125 Waisen, in einer der betroffenen Familien sind acht Kinder des Vaters beraubt. Die Leiden der Bewunderten sind geradezu entsetzlich, ihr Körper bildet meist eine einzige große Wunde, die Glieder sind verengt, zerquetscht oder furchbar verdrückt und zusammengeknüpft, ein nicht zu heilendes, innerer Brand, die Folge der eingestürzten Gase, quält die Verwundeten.

Die unter der Bevölkerung von St. Etienne herrschende Aufregung und Entrüstung ist, wie das angeführte Gleich und Herzleid unbeschreiblich, läßt sich aber begreifen, wenn man bedenkt, daß seit 1871 durch Grubenexplosionen in St. Etienne 723 Arbeiter das Leben eingebüßt haben; nämlich: 1871 im Schacht Jahin 72, einige Monate später im nämlichen Schachte 200, darauf 1887 in der Grube Chateau 90, am 3. Juli 1887 im Schacht Verspille 200 und diesmal im Schacht Pellissier 161!

Das Begräbnis der Opfer sollte zwar durch die Anwesenheit des Ministers der öffentlichen Arbeiten, Jules Guirou, eines Vertreters des Präsidenten der Republik und sämtlicher städtischen und Departements-Behörden einen offiziellen Ansehens erhalten, ward aber durch die Massenbewegung der St. Etienne Bevölkerung und der Kohlenarbeiter der benachbarten Werke zu einer Volksdemonstration. Die Beisetzung eines Kohlenarbeiters, welcher Mitglied einer sozialistischen Organisation gewesen, gab der Polizei Veranlassung zu einer recht brutalen Szene. Der Versuch, die im Leichengange getragenen Leichen zu entsetzen, führte zu einem Handgemenge, bei dem zwar die Polizisten überliefen, schließlich aber doch Sieger blieben. Den Schluß der Affäre hat natürlich die gerichtliche Verdonnerung mehrerer Sozialisten gebildet.

Die angestellte offizielle Untersuchung über die Ursachen der Grubenexplosionen will bereits die satism bekannte „offene Lampe“ eines Kohlenarbeiters gefunden haben, die mit der nicht weniger bekannten „frisch angelegten Lampe“ zusammen der traditionellen Sündenbock ist, auf dem die große Aktiengesellschaft ihre Verantwortlichkeit, richtiger ihr Verbrechen der Grubenunfälle abladen. Die aufgeregte St. Etienne Bevölkerung will jedoch von der offiziellen Leerdart, die alle Schuld auf die Unvorsichtigkeit eines mitverunglückten armen Teufel schiebt, Nichts wissen. Sie sagt offen und energisch die keine Grenzen kennende Profitgier der Aktiengesellschaft als Ursache des Grubenunglücks an. Und die Thatsachen geben ihr offenbar Recht. Mehrere Ingenieure haben angegeben, daß die in der Grube Pellissier funktionierenden Ventilatoren „nur gewisse Vortheile für sich hätten, allein im Bereich der Lüftung der Gruben gar Manches zu wünschen übrig ließen.“ Außerdem ist bekannt, daß die sogenannte „fette Kohle“, welche in den St. Etienne Gruben zu Tage grübert wird, viel Staub und Gase abgibt, welche ungemein viel zur Erzeugung giftiger Explosionsgase und deren Entzündung beitragen.

In der Kammer, wo unlängst der Explosion drei Interpellationen stattfanden, verurtheilte der Minister der öffentlichen Arbeiten ebenfalls an der Aktiengesellschaft eine Reformmaßnahme vorzunehmen, ward aber mit dem Hinweis auf die Thatsache abgethan, daß in der Grube nach der ersten großen Explosion und noch ehe dieselbe genügend gereinigt und als sicher befunden worden, die Arbeiter wieder einfahren mußten. Es wurde festgestellt, daß es einfach eine von der Kohlenwerkleitung erkundete und offiziell geachtete Vorgehensweise, als verändert ward, bei der zweiten und dritten Explosion seien nur Leute verunglückt, welche beim Räumen und Stützen der Galerien beschäftigt waren.

Nun großen Entsetzen der Kapitalistenpresse und unter lebhafter Missbilligung seitens der journalistischen Solenitätsträger derselben hat die Kammer eine aus elf Mitgliedern bestehende Kommission beauftragt, über die Ursachen der Explosionen an Ort und Stelle eine Untersuchung vorzunehmen. Der Kommission gehören unter anderen Deputirten die Mitglieder der sozialistischen Gruppe, Ferroul und Baudin, sowie der Sozialist Dumay an. Die kapitalistische

* Wegen Stoffmangel verspätet. Red. des „S. D.“

Christenbergs. Nicht allein in zivilisierten Ländern haben die Frommen gegen einen aufklärten Atheismus zu kämpfen, sogar in den fernsten Ländern, wo die Missionäre bestimmt auf halbe, für die christliche Lehre empfindliche Naturvölker zu treffen hoffen, auch da tritt ihnen ein unruhiger Materialismus entgegen. Den Glauben an die Unsterblichkeit der Seele widerlegen die Eingeborenen mit den großmüthigen Worten:

„Wenn man todt ist, hat Alles ein Ende, auch die Arbeit und der Hunger.“

Anderen Gründen sind diese faulen Wälder nicht zugänglich. Wird ihnen erzählt von der unendlichen Liebe und Güte Gottes, so unterbrechen sie den Missionärer im heftigsten Negativsatz:

„Guter Gott ist höchst böshaft, kaum ist eine feurige Kugel (Sonne) da drüben in's Meer gefallen, schick er dort hinten eine andere wieder, die auf's Neue unsere Sünden verbrennt.“ Die sind aber auch wirklich ein nichtsnütziges Volk, diese schwarzen Leugner des Sünden. Anstatt die Missionäre zu ermahnen, wie es sich von Rechts wegen gebührt, lassen sich diese Kerle von den Glaubensboten unterhalten, und nur so lange bleiben sie dem Glauben treu, so lange sie so essen bekommen. Wollen und können ihnen die Missionäre nichts mehr geben, dann können sie auch zugleich nur eiligst empfinden und sich aus dem Staube machen.

Seyy beklagt sich bitter über die angewendeten Opfer an Zeit und Geld und Menschenleben, bei einem kaum nennenswerten Erfolge. Er sucht die Mäke der Missionärgesellschaften auf andere Länder zu lenken, wo ihr Weizen besser blühe.

In einem Buch: „Ein Papst, ein Priester, ein Ordensmann“ zieht die bekannte Gräfin Palm-Galen gegen die „beweihten Priester“, die evangelischen Postoren, in's Feld. Katholisch ruft sie in der Vorrede aus:

„Nehmt den Papst, den Priester und den Ordensmann von der Erde hinweg, was bleibt übrig, als eine Horde wilder Weiten, die im fanatischen Revolutionssturm sich gegenseitig selbst zerfleischt!“

Neben dieser Herzenserguss wollen wir mit der alten — Dame nicht rechten, sie muß ja wissen, was für eine Bestie sie war, bevor sie sich in die Arme der Pfaffen warf.

Geradezu ein Verbrechen an der Menschheit ist es aber, wenn ein katholischer Schriftsteller in seinem Buch: „Drei Frauen, die heilige Elisabeth, die Jungfrau von Orleans und Maria Stuart“, Elisabeth als Vorbild der christlichen Frauen und Jungfrauen aufstellt.

In dem Glauben, Gott recht wohlgefällig zu leben, entsagte sich Elisabeth ihrer fürstlichen Stellung, entlagte allen Annehmlichkeiten des

Lebens, wohnte in einer schmutzigen Hütte und schlief auf schlechtem Strohe, so die heiligsten Annehmlichkeiten abtrotzte an ihrem Körper grohend. Und nachdem sie nicht tiefer in den Schmutz und der Selbstkasteiung mehr steigen konnte, half ihr Weidwader Hebel noch. Nicht etwa, daß er ihr vorgeschrieben, so nicht, um den Weidwader Hebel und ihrer bereitwilligen Seigelt voller zu ziehen, und um sich zugleich eine Stufe höher in den Himmel zu bauen. Nach dieser würdigen Weidwader Elisabeth's Kinder, an denen sie mit ganzem Herzen hing, ihr von der Seite reihen. Ein heiliger Geist erarbt ihnen beim Leben dieser Heiligenaufbaha. — Wie die Pfaffen aber die die Menschen angeblich erniedrigenden Darwinianer zeteren, wie ihre Gottähnlichkeit sich sträubt gegen die Annahme, den Affen ein gleichgestellt gewesen zu sein. Den Affen, das ist erniedrigend, aber den Schmutz, das ist erhebbend. Sie haben wahrlich keine Ursache, so von oben herab auf die Affen zu sehen. In ihrer schmutzigen poetischen Literatur, in den Kirchenscheitern, haben sie es, was das in den Staub werfen, was die Dumbdenuth, Hundekette und Hieselgebild andelant, zu einer mehrfachen Vollkommenheit gebracht.

Zur Illustration dieses Satzes nur zwei Verse aus ihrem Gesangbuch:

Wenn bei harten Regenflüssen,
Saat und Frucht verderben müssen,
So hat's Deine (Gottes) Hand gethan,
Unsere Sünd' ist Schuld daran.

Wenn in heißen Sommertagen,
Schloßen Alles niederschlagen,
Was in Feld und Garten grünt,
So geschieht, was wir verdient.

Im Grunde ist die katholische Literatur für ein denkfähiges und dankbares Publikum berechnet und diesen Ansprüchen genügt es. Die Mehrzahl der Schriften — die faden Kindererzählungen abgerechnet — sind Streitschriften, und am meisten häßlich sind die modernen Zeitgeit, sowohl in der Bertheiligung als auch in ihrer Offensive. Die Angriffe auf kirchenfeindliche Schriftsteller hindern sie indessen nicht, die also Verletherten sehr oft zu zitiern, wo es in ihrem Ream paßt, und mehr zu zitiern, als der Einfall ihrer Leser zuträglich sein kann.

Es ward der Kommission durchaus nicht leicht gemacht, die Wahrheit zu konstatieren. Während der unterirdischen Wanderungen der Kommissionsmitglieder verurtheilte die Direktoren der Kohlenwerke, den schauerhaften, verbrecherischen Zustand der Minen zu verurtheilen. Nur Dank der gründlichen Erhebungen der Kommission und der von den Arbeitern erhaltenen Auskünfte und Erklärungen konnte ein richtiger Einblick in die Verhältnisse gewonnen werden. Im Laufe der Enquete kam es mehrmals zu sehr heftigen Austritten zwischen Grubendirektoren und Arbeitern, bis endlich die Kommission beschloß, sich durch eine Delegation von Kohlenarbeitern begleiten zu lassen. Die Explosionen von St. Etienne haben in der Presse und in gelehrten Körperkassen zahlreiche Erörterungen über die Ursachen der schlagenden Wetter verursacht. Leute, welche sich mit Leib und Seele dem kapitalistischen Profitstreben verschrieben haben, erklären dieselben als „ein Geheimnis der Natur“, und schämen die unmittelbaren Veranlassungen von Explosionen „der Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit der Arbeiter“ in die Schuhe. Allein die weiten kompetenten Persönlichkeiten müssen zugeben, daß sogar eventuelle Fahrlässigkeit seitens der Arbeiter keine Grubenexplosion verursachen könne, sobald die Galerien gut gelüftet seien. So erklärt z. B. Massard, Professor der Hüttenkunde, die gute Lüftung der Kohlenbaugebiete als bestes Mittel, schlagenden Wetter vorzubeugen, und die Einführung elektrischer Lampen ebenfalls als eine nicht zu unterschätzende Verbesserung. Auch der frühere Deputirte Bastis, welcher 18 Jahre als Kohlenarbeiter gearbeitet hat und in Bergwerksangelegenheiten eine große Kompetenz besitzt, äußerte sich in dem nämlichen Sinne. Nach ihm ist die Unfähigkeit des achtstündigen Normalarbeitertages in den Kohlenwerken eine unerlässliche Bedingung, um eine ausreichende Lüftung der Gruben zu erhalten. Aber Ausrüstung der Arbeitszeit, Einführung guter Ventilations- und Belüftungsinstrumente bedeuten eine Herabsetzung der Preise, der Dividenden, und lieber die gesammten Kohlenarbeiter zu Grunde gehen lassen, ehe ein Fünftel am allerheiligsten Mehrwerth gekürzt werde.

Die Kammer hat für die Opfer der Katastrophe einstimmig einen Staatscredit von 200,000 Franken, die Gemeinderäthe verschiedener Städte ebenfalls größere Summen für dieselben bewilligt, auch die Privatwohlthätigkeit that Manches, das herabschwellende Unglück zu mildern. Aber Alles zusammen wird sich dem grausamsten Gleich gegenüber doch als unzureichend erweisen. Die Aktiengesellschaften, welche um größere Dividenden einzufahren zu können, das Leben von Hunderten auf's Spiel setzen, sind noch unersättlicher, sich mittels der öffentlichen Wohlthätigkeit eines Theils ihrer Haftpflicht entziehen zu wollen. So hat z. B. die Gesellschaft, welcher die Grube Verspille gehört, einen Prozeß angestrengt, um von den ihr gesetzlich auferlegten Haftgeldern an die Opfer der vorjährigen Katastrophe die Summen abzurufen, welche für diese zur Zeit durch die öffentliche Wohlthätigkeit zusammengebracht wurden. Zwar ist die Gesellschaft mit ihrem beispiellos frechen Annehmen abgemessen worden, allein sie hat bereits Rekurs gegen das Urtheil eingelegt. Die letzte und logische Konsequenz dieser unverdäunten Raubgier wäre, daß fernerhin die „armen Aktionäre“ 300 Franken Dividende gleichfalls bei Grubenunglücken als Opfer der Katastrophe mit Vorkosten zu bedacht würden. Was die Kohlenarbeiter brauchen, ist nicht Wohlthätigkeit, sondern Gerechtigkeit. Und der Anfang hierzu wurde gemacht, wenn sich der Senat endlich entschließen wollte, dem seit 1883 zwischen ihm und der Kammer hin- und hergeschickten Gesetz über die Mineninspektion durch Arbeiterdelegirte anzustimmen. Dem von der Kammer angenommenen Gesetzestext entsprechend würden eine gewisse Anzahl aus den Reihen der Kohlenarbeiter hervorgegangene, nämlich besoldete Arbeiter als „Minendelegirte“ die Kohlenwerke inspizieren. Der Senat will jedoch weder von der anscheinlichen Funktion dieser Delegirten als Beamten, noch von finanzieller Bezahlung etwas wissen. Die Delegirten sollen nach wie vor in Lohn und Brod der Kohlenwerkbesitzer bleiben und nur einige Tage pro Monat für die Grubeninspektion verwenden, da zu bezeichnen sei, daß sie andersfalls unter den Arbeitern agitieren, dieselben zu Streiks u. a. aufreizen würden. Thatsächlich würde die Fassung des Senats die Mineninspektion zu einem Wehler ohne Ahnang und ohne Zeit machen. Die Delegirten wären heraus in die Hand der Aktiengesellschaften gegeben und würden aus Furcht vor der bei gewissenhafter Inspektion drohenden Entlassung, im alten Schandenkontrollieren. Leider ist jedoch kaum zu hoffen, daß die jüngste Explosionen dem Senat eine Lehre sein werden.

Anlässlich der Katastrophe hatten die Sozialisten am 10. August ein großes Protestationsmeeting einberufen, das von circa 1000 Männern und Frauen besucht war. Die unter Dumay's Vorsitz tagende Versammlung forderte eine allgemeine Ausrufung aller wegen Streiks oder mit ihnen zusammenhängender Vergehen Berurtheilten, ferner protestirte sie gegen die Sorglosigkeit und Unachtsamkeit der Bergwerksbesitzer, welche, um ihre Dividenden nicht zu schmälern, lieber das Leben der Arbeiter opfern. Die Versammlung erklärte sich außerdem für Aufhebung des Monopols über die Bergwerke und für ihre Verstaatlichung in gemeinwirtschaftliche Betriebe, welche der Gesamtheit gehören.

Lebens, wohnte in einer schmutzigen Hütte und schlief auf schlechtem Strohe, so die heiligsten Annehmlichkeiten abtrotzte an ihrem Körper grohend. Und nachdem sie nicht tiefer in den Schmutz und der Selbstkasteiung mehr steigen konnte, half ihr Weidwader Hebel noch. Nicht etwa, daß er ihr vorgeschrieben, so nicht, um den Weidwader Hebel und ihrer bereitwilligen Seigelt voller zu ziehen, und um sich zugleich eine Stufe höher in den Himmel zu bauen. Nach dieser würdigen Weidwader Elisabeth's Kinder, an denen sie mit ganzem Herzen hing, ihr von der Seite reihen. Ein heiliger Geist erarbt ihnen beim Leben dieser Heiligenaufbaha. — Wie die Pfaffen aber die die Menschen angeblich erniedrigenden Darwinianer zeteren, wie ihre Gottähnlichkeit sich sträubt gegen die Annahme, den Affen ein gleichgestellt gewesen zu sein. Den Affen, das ist erniedrigend, aber den Schmutz, das ist erhebbend. Sie haben wahrlich keine Ursache, so von oben herab auf die Affen zu sehen. In ihrer schmutzigen poetischen Literatur, in den Kirchenscheitern, haben sie es, was das in den Staub werfen, was die Dumbdenuth, Hundekette und Hieselgebild andelant, zu einer mehrfachen Vollkommenheit gebracht.

Zur Illustration dieses Satzes nur zwei Verse aus ihrem Gesangbuch:

Wenn bei harten Regenflüssen,
Saat und Frucht verderben müssen,
So hat's Deine (Gottes) Hand gethan,
Unsere Sünd' ist Schuld daran.

Wenn in heißen Sommertagen,
Schloßen Alles niederschlagen,
Was in Feld und Garten grünt,
So geschieht, was wir verdient.

Im Grunde ist die katholische Literatur für ein denkfähiges und dankbares Publikum berechnet und diesen Ansprüchen genügt es. Die Mehrzahl der Schriften — die faden Kindererzählungen abgerechnet — sind Streitschriften, und am meisten häßlich sind die modernen Zeitgeit, sowohl in der Bertheiligung als auch in ihrer Offensive. Die Angriffe auf kirchenfeindliche Schriftsteller hindern sie indessen nicht, die also Verletherten sehr oft zu zitiern, wo es in ihrem Ream paßt, und mehr zu zitiern, als der Einfall ihrer Leser zuträglich sein kann.

(Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

Aus dem Tagebuch eines politischen Buchhändlers.

Kirche und Literatur. (Fortsetzung.)

Von den Dichtern der Neuzeit hat Ebdemann Adolph Lavant ganz übergangen; dagegen hat er einen Alban Stolz eingeschmuggelt, ein Bursche, der einem Bierdestille eher denn einer Literatur zur Herde gereichen dürfte. Alban Stolz gilt als ein christlicher Dichter, aber Seine's verbe originale Sprache wird bei Stolz tod und lämmelhaft, und diese Sprache wird von einer eben solchen Gesinnung eingegeben. Das Nihilismus unserer Gefängnisse und Justizhöfe ist dort und führt oft zu Wahnsinn, schreibt unter solche Alban, „aber es ist der Gesamtsinn doch noch vorzuziehen, denn es führt eher und leichter zur Besserung. Es ist besser, daß zehn Hölle wahrhaftig werden, als daß in gemeinsamer Hast eine Seele verloren geht.“ Nur gut christlich soll das wohl heißen: Es ist besser, daß zehn Verurtheilte in den Himmel kommen, als ein Vernünftiger in die Hölle.

Man sollte es kaum glauben, aber es gibt wirklich heute noch Christen, die ihrem Herzensdrange folgend, nach dem heiligen Lande pilgern. Freilich — mit Anweisungen auf mehrere tausend Mark in der Tasche. Ueber eine solche Pilgerfahrt tagelange der Münchener Professor Seyy. Er jog aus, um Material gegen die Juden zu sammeln, und allen alten, Jahrhunderte hindurch angehaunten Abköthlich wohnt er in seinem „Jerusalem“ wieder an.

Bei einer Meerfahrt wurde Seyy Schiffbrüchig, und um ein Haar wäre die Welt um Seyy und sein Tagebuch gekommen, hätte ihn nicht eine mitleidige Welle am Mitternacht an das Land geworfen. Seine Gedanken weilen in der größten Todesgefahr bei seinen Eltern in den bayerischen Bergen, und — here und ranke, gläubige Christenheit: genau zu derselben Zeit, am Mitternacht, hat es im Vaterhause Seyy's einen furchtbaren Schlag; die Eltern sprangen entsetzt aus dem Bette und gedachten ängstlich ihres Sohnes in der Ferne.

So laßt nur, Ihr Ungläubigen, der Herr gibt den Seinen Zeichen und Wunder, Wohlthätige Körper meinen noch, daß zur Zeit des Schiffbruchs um Mitternacht, infolge des Jammerschiedes zwischen Wien und Bayern, die Eltern des Schiffbrüchigen noch gar nicht in Bette lagen, daß das that nichts; dafür ist ja Seyy Professor der Geschichte. Auch Missionärsberichte aus Afrika u. sind in „Jerusalem“ abgedruckt, und darin stehen Stellen, nicht sehr erbaulich für ein heiliges

— Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Die deutsche Polizei ist doch unvergleichlich. Sie besorgt nie besser die Geschäfte der Sozialdemokratie, als wenn sie dieselbe tödlich schlagen will. Es ist der Geist Puttkamer-Bismarcks, der noch immer in ihr lebt, und stets das Böse will, und erstreckt das Gute schafft. Nachdem sich durch zwölfjährige Tropfarbeit in den schändlichen Polizeihäusern die Erkenntnis eingeböhrt hat, daß die Sozialdemokratie nicht mit mechanischer Gewalt vernichtet werden kann, verfallt sie auf den genialen Gedanken, die Sozialdemokratie zu spalten, und sie hat auch das unverdiente Glück, eine Situation vorzufinden, die sich ihr dafür ziemlich günstig erweist. Der unbestimmte Lasterdrang einiger Leute kommt ihr dabei zu Hilfe. Es wird ein Höllestand in Szene gesetzt, und der Polizeigenosse scheint zu blühen. In Dresden, in Magdeburg, in Berlin wird kräftig „gepalten“. Ritenphantasie vermag die Polizei- und Bourgeoisprelle jedes Gefährlichen fürchterliches Donnergepolter: es rollt und gróllt in den Eingeweiden der deutschen Sozialdemokratie — kein Zweifel, sie wird mit gewaltigen Anstößen plagen und in alle Winde auseinander fliegen. Das Publikum lacht. In Dresden wird's auf einmal still; dort ist die Sache mißglückt. In Magdeburg wird's auf einmal still — auch da ist die Sache mißglückt. Aber es bleibt Berlin, das Zentrum der deutschen Sozialdemokratie und — der deutschen Reaktion. In Berlin gáht und brodel't eine Massenverammlung folgt der anderen, und jede gelangt — wenigstens so, daß der reaktionäre Preß-Mitrophon sie dem aufgeregten lauschenden Auhgubhörer als lusttreibendes, den sozialdemokratischen Populus mit Stumpf und Stiel anrotendes Elementar-Gewitter darstellt kann. Alles ist im besten Gang — der Tag des Weltgerichts naht, an welchem die gekochten Wortführer der Sozialdemokratie von der eigenen „Opposition“ in die Grube befördert werden, aus der es keine Auferstehung gibt. Diese aber sind so „bösig“, nicht lang- und kluglos in den Orkus hinabzufallen. Sie wollen den Spieß umdrehen und melden eine Verfassung an, in welcher mit ihren Angreifern Abrechnung gehalten werden soll. Eine Schlacht steht bevor, vielleicht eine Aufschlingung. Eine Schlacht! Aber, der Gott der Schlachten hat seine Namen. Entschlich, wenn er in seiner Unerschrockenheit sich für die Böcke und gegen die „Opposition“ entschiede. Il laut corrigor la fortuna — man muß das Glück verbessern, es in die richtigen Wege lenken, sagt sich die irdische Vorsehung, genannt Polizei. Sie verbietet die Schlacht — auf Grund des Sozialisten-Gelbes. Die „Opposition“ ist gerettet — der Staat ist gerettet — die Gesellschaft ist gerettet. Allgemeine Rettung.

Schrey bei Seite, das Verbot der Versammlung, in der am 20. ds. Singer und Liebknecht, die zwei sozialdemokratischen Abgeordneten Berlins, zu den Berliner Arbeitern sprechen wollten, wor der pfiffige Streich, den die deutsche Polizei jemals mit ihrem deutschen Polizeiverstand ausgeführt hat. Nicht, daß wir irgend einer der Oppositions-Personen irgend einen Mafel anzuhängen beabsichtigen, aber einen wirksameren Genieftreich hat die „Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft“ niemals verübt. Die Rebel haben sich plögl'ich zerstreut — es ist sonnighele Klarheit geworden: Die Gegenüberstellung lautet nicht mehr: dort die „Opposition“, hier die alten Führer, sondern dort die Sozialdemokratie, scharf abgegrenzt unter dem bestleuchtenden Programm-Banner, und hier — die Polizei, die puttkamer-bismarck'sche Polizei. Ein Hüben und ein Dráben, wie es klaffischer, eins vom anderen sich schärfer abhebend, nicht gebacht werden kann.

Da gibt's keinen Zweifel mehr — kein Bestimmen mehr, keinen Streit mehr. Es ist entschieden. Fertig und abgethan. Nein, noch nicht. Die Polizei denkt: doppelt gemüht hält besser. Damit bei dem Publikum in nicht der Verdacht aufkommen könne, sie habe aus anderen Motiven als aus reiner Liebe zu der ihr so willkommenen „Opposition“ gehandelt — etwa die Verfassung, in der Singer und Liebknecht lachen sollten, dies deshalb verboten, weil beide vorläufig noch aus Berlin ausgewiesen sind und bis zum 1. Oktober dies als Mitglieder des nicht geschlossenen, sondern bloß vertagten Reichstags in Berlin sein dürfen — um jeden Zweifel nach dieser Richtung hin aus dem Weg zu räumen, hat die Polizei auch die Verfassung verboten, in welcher der nicht ausgewiesene Genosse Glócke über das nämliche Thema sprechen sollte. Dagegen dürfen die „Jungen“ der „Opposition“ soviel Versammlungen abhalten, als ihnen beliebt.

Nun — die Polizei ist klug und weise, und wir statten ihr unseren aufrichtigsten Dank ab. —

Uebrigens flühen und glätten die aufgeregten Bogen sich bereits — jedenfalls ist der Hauptstapel vorüber; und nachdem der „Spaltungs-Värm“ ausgeführt hat, die Ohren zu betáuben, und der „Spaltungs“-Staub die Augen zu blenden, kann man sich den Kriegshandlung, wie die Gegner es mit begrifflichem Hohn genannt haben: in aller Ruhe ansehen. Und welches Schauspiel bietet sich unserem Auge? Erblicken wir zwei feindliche Lager? Oder richtiger zwei feindliche Heere, die in wildem Haff einander gegenüberstehen, bereit zu brüdermörderischem Kampf. Jeder nach dem Willen des Anderen dröhnend? Nichts weniger als das. Die friedlichste Mythe ringen, soweit bei einer Kampfpartei von einer Mythe gesprochen werden kann. Das Gros der Partei im friedlichsten, brüderlichsten Verkehre, in der harmonischsten Uebereinstimmung. Nur abseits stehen ein paar winzige Gruppen, — so winzig, daß sie neben der unerschrockenen Masse fast verschwinden, geschultert, scheltend, in jeder Weise Unzufriedenheit bewühnend. Darüber sie unzufrieden sind, das ist von ihnen noch nicht entkühlt worden. Sie find „jung“ — das ist kein Unflüch und auch kein Verbrechen; im Gegentheil, jeder „Alte“ wird sie darnach beneiden. Allein es ist auch kein Grund, auf die „Alten“ zu schimpfen, denn das Alter mag vielleicht ein Unflüch sein, ist aber jedenfalls kein Verbrechen, sondern eine Thatsache, an der die „Alten“ ebenso unschuldig sind, wie die „Jungen“ an ihrer Jugend.

Also, warum sind die „Jungen“ so giftig, und verführen sie einen solchen Radau? Weil die „Alten“ in der Partei einen besseren Namen haben und mehr gelten als die „Jungen“. Indes, das ist wiederum nicht die Schuld der „Alten“, sondern einfach die natürliche Folge der Thatsache, daß die „Alten“ etwas in der Partei und für die Partei gethan haben. Und das ist doch wahrhaftig kein Verbrechen — ebensov wenig, wie es den „Jungen“ vernünftigerweise als Verbrechen angezehret worden, daß sie noch wenig oder nichts in der Partei und für die Partei gethan haben. Das ist Pech, nur Pech — und ungerecht wäre es, die „Jungen“ für dieses ihr Pech verantwortlich machen zu wollen, an dem sie gewiß keine Schuld haben, und das gewiß sie selber am schwerbáresten empfinden.

Nun, wenn das Pech auch Pech ist, so ist es doch kein Verbrechen, und die „Jungen“, welche dieses Pech haben, sollten sich mit ihrer Jugend, die ein Glück ist, dafür trösten. Nimmermehr oder haben sie das Recht, diejenigen, welche von diesem Pech nicht heimgeucht sind, deshalb zu hassen und zu verdammen. Viel lössiger und namentlich auch viel sozialdemokratischer wäre es, die „Jungen“ legten sich auf die Hosen, studierten die Gelege und das Weken des Staats- und Gesellschaftsorganismus, und bestreben sich dann, nachdem sie das We geküert und wo möglich noch ein klein Bißchen mehr: ihr Wissen in Thaten umzusetzen, und an dem lauschenden Wechhül der Zeit mitzuweiden, damit endlich einmal das arme Aschenbrodel Arbeit, statt der elenden Lumpen, mit denen es jetzt seine Blöße nothdürftig bedeckt, das purpurrothe Königsgewand sich umlegen kann, welches der Königin der Welt gehört. Der Königin der Welt — der sozialen Königin.

Und — auch die „Jungen“ müssen arbeiten. Die Weisheit und

das Wissen kommt nicht vom Himmel geflogen. Einer der „Jungen“ hat zwar die sehr bequeme Entdeckung gemacht, daß das Studium des wissenschaftlichen Sozialismus oder der „Marx'schen Lehre“ etwas höchst Leberküssiges sei, und dabei (in der „Volks-Tribüne“) den genialen Gedanken ausgesprochen, die Wissenschaftlichkeit müsse durch „Leidenchaft“ ersetzt werden. Nun, die „Leidenchaft“ ist gewiß eine schöne Sache und Niemand hat sie besser zu schätzen gewußt als Karl Marx, aber die schönste „Leidenchaft“ mit einem hoblen Kopf ist hohles Pathos und bestenfalls ein ziemlich werthloses Wódel, ja oft ein recht gefährliches. Also Wissen in den Schádell! Und dann die richtige, echte, wahre Leidenchaft — da läßt sich etwas ausrichten. Auch das Wissen ist Arbeit, kann nur durch Arbeit erworben werden. Die Arbeit schafft eben alle Werthe. Und das Ansehen, in welchem die verhassten „Alten“ stehen, und welches die „Jungen“ „Autorität“, „Personenkultus“ u. s. w. zu nennen belieben, ist es nicht gleichfalls „das Produkt der Arbeit“? Haben diese „Alten“ nicht seit 20, 30, 40 Jahren ihre Kraft, ihre Arbeit der Sache des arbeitenden Volkes, der Sozialdemokratie gewidmet? Wir reden sicherlich nicht dem Personenkultus das Wort und wissen gerade so gut wie die „Jungen“ der „Jungen“, daß der tüchtige Mensch und Sozialdemokrat nie mehr thun kann als seine Pflicht, — haben es auch schon vor Jahrzehnten gesagt — aber ist es denn ein so verkehrter Standpunkt, wenn die deutschen Arbeiter vor Männern, welche eine große Summe von Arbeitsleistungen für die Partei aufzuweisen haben, eine höhere Achtung haben, als vor solchen, die nur wenig oder keine Arbeitsleistungen im Dienste der Partei aufzuweisen können. Das ist au fond nur Achtung vor der Arbeit. Die so zum Ausdruck kommt. Und das ist gewiß kein verwerfliches Gefühl. Niemand und Nichts verhindert die „Jungen“, sich dasselbe Maaf von Achtung zu erwerben — sie sollen nur ebensoviel im Dienste der Partei arbeiten. Mit der bloßen „Leidenchaft“ und dem bloßen „guten Willen“ geht's freilich nicht — das sind winzige Faktoren, mit denen man kein Butterbrod schmieren, geschweige denn den sozialistischen Staat gründen kann.

Das Gros der Genossen hat das gerúschvolle Treiben der „Jungen“ von Anfang an mit philosophischem Gleichmuth betrachtet. Sie sahen sich die Leute an und merkten sofort, daß keine Gefahr drohe. Die Partei hat auch in dieser Sache wieder einmal ihre treffliche Disziplin gezeigt, und außerdem ein scharfes Urtheilsvermögen. Sie fand auf den ersten Blick heraus, daß es viel Värm am Nichts war — daß hinter dem ganzen Phrolophosom auch nicht das kleinste Bruchstück eines Gedankens verborgen war. Bis auf den heutigen Tag hat die Opposition noch keine einzige Forderung formulirt. Ihr ganzes Programm ist in dem bekannten Langbein'schen Vers von dem „Verdrüßlichen“ antipiert:

Ich bin verdrüßlich
Und well ich verdrüßlich bin,
Du bist verdrüßlich.

— — — Aber, da reden wir ein Langes und Breites von „Jungen“ und „Alten“, und erst neulich sagten wir doch, ein solcher Gegenlag bestünde nicht — das sei eine Erfindung der Gegner.

Je nun, das sagen wir auch heute noch. Wenn es ein paar sonderbare Schwärmer gibt, die sich für eine „Partei der Jungen“ halten, so ist das noch kein Beweis dafür, daß es eine solche Partei gibt. Erst wenn irgend ein „Junge“ und einmal zu sagen weiß, was er eigentlich will, werden wir für die „Partei der Jungen“ etwas anderes haben, als ein speistisches Wódel.

Die Partei ist jetzt überoll mit der Prüfung des Organisationsentwurfs beschäftigt. Im Allgemeinen sind — von einzelnen Kritikern abgesehen — wesentliche Ausstellungen nicht gemacht worden, so daß die Annahme des Entwurfs in fast allen vorläufigen Bestimmungen gescházt erscheint. Der einzige wichtigere Punkt, in dem vielleicht eine Aenderung beschlossen wird, dürfte die Zusammensetzung der Kontrollkommission sein. Indes auch in Bezug auf diesen Punkt überzengt man sich mehr und mehr, daß für den Vorschlag der Fraktion praktische Erwägungen sprechen, die nicht leicht bei Seite zu schieben sind.

Positiv sinnlos, und von vollständiger Unkenntnis unserer Partei zeugend, ist die ungeheuerliche Beháudigung, daß die Fraktion aus Diktaturgelassen sich die Kontrolle zu sichern wüßte. Als ob der sozialdemokratische Abgeordnete, der solchen Wódeln fröhnte, nicht erst wáre für's Irrenhaus! Die Fraktion die Partei vermagtigen! Das ist nicht einmal bei den Fortschrittler und Zentrumseleuten möglich gewesen, und bei uns sollte es möglich sein? Der Vorwurf ist so überwältigend lächerlich, daß man gar nicht annehmen kann, er sei aus Bosheit gemacht.

Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, daß hinter der Wólle von Lächerlichkeit unsere existirenden Feinde ihre Murr- und Korruptionsarbeit lebhaft betreiben. Die „Opposition“ aus den eigenen Reihen ist höchst harmloser Natur, hinter ihr sind aber erstere Kräfte thátig — pour la rol de Prusse.

— Die Redakteure der „Magdeburger Volksstimme“, Hans Müller und Paul Kampffmeyer, haben „einen Beweis von Korruption, wie er furchtbarer nicht gedacht werden kann“, entkühlt. Derselbe besteht darin, daß Genosse Auer vor Jahresfrist einen „verdienten Parteigenossen“ im „Berliner Volksblatt“ der Reichstagsdelegation denunziert haben und die Redaktion dieses Blattes sich gewickert haben soll, das jenem „verdienten Genossen“ ungehörte, schreiende Unrecht“ wieder gut zu machen, d. h. eine Gegeneinstellung der Herren Hans Müller und Paul Kampffmeyer abzurufen, bezw. zu berücksichtigen.

Die Verdächtigkei, um die es sich da handelt, ist der Gymnasiallehrer Ernst (bez. Emil) Krüger. Die angebliche „Denunziation“ bestand in folgendem Satz einer gegen die „Norddeutsche Allgemeine“ gerichteten Korrespondenz Auer's:

Unter den Bekanntheitspunkten gegen die Schwediz kommt das Blatt (die „Nordd.“) nämlich auch auf die Förderung der sozialdemokratischen Propaganda unter der Jugend zu sprechen und solen demnach mit dieser Förderung von der Partei beauftragte Personen beauftragt sein. Als eine dieser Personen wird nun der aus Váchow in Hannover gebürtige Gymnasiallehrer Ernst Krüger genannt, über dessen Gespögenheiten die „Nordd.“ ein wenig schmeichehafftes und wie wir nicht bestritten wollen, ziemlich nach der Natur gezeichnetes Bild entwirft. Aber diese Gespögenheiten Krüger's, ein provokatorisches Auftreten gegenüber Personen, die nicht seiner Meinung sind, und die ebenso abgemauert wie zwecklos beleidigenden Aeußerungen über deutsche Würdenträger an öffentlichen Orten haben den Jülicher reichsdeutschen Sozialdemokraten und speziell den früher dort gewesenen Leitern des „Sozialdemokrat“ schon vor Jahren den Anlaß gegeben, mit S. den Verkehre abzubrechen oder doch auf das Aeußerste einzuschrángen. Diese Thatsache verdrängt die „Nordd.“ Sollte sie ihre Informaloren nicht genügend instruit haben?

Man sieht, es handelte sich damals für Auer darum, den denunziatorischen Verkehre der „Norddeutschen“, den Lehrer Ernst (bez. Emil) Krüger der Partei an die Rockhöge zu hängen, ihn als einen „Beauftragten der Partei“ hinzustellen, ganz energisch zurückzuweisen. Die Form, in der er es that, ist allerdings nicht sehr schmeichehaff für Krüger, aber aus der obigen Charakterisirung von dessen Auftreten würde selbst der geschickteste Staatsanwalt keine Anklage zurechtzueheln können. Es sind weder Aeußerungen Krüger's angegeben, noch Personen genannt, gegen welche dieselben sich richten — kurz, es fehlt an jeder Handhabe zu einer strafrechtlichen Verfolgung. Zum Ueberfluff sichern die Worte „von Jahren“ Krüger auch den Schanz der Verjährung. Wie wenig Krüger selbst an eine Anklage und gar an eine Anklage wegen „Majestätsbeleidigung“ glaubt, geht aus der Thatsache hervor — die seinen Freunden Hans Müller und Paul Kampffmeyer sicher bekannt ist — daß er sich erst kürzlich um eine Redakturelle an irgend einem deutschen Parteiblatt beworben hat, d. h. bereit war, nach Deutschland überzuweichen und eine hervorragende politische Rolle zu spielen. Das thut man doch nicht, wenn man so schwere Verfolgungen zu gewärtigen hat.

Mit dem Vorwurf der Denunziation ist es also nicht's. Und wóllte man in den Bemerkungen Auer's über Krüger einen formellen Verkehre erblicken (die weiter unten folgende Erklärung Auer's gibt ja hierüber die beste Auskunft), so scheint uns das Trifflom Müller-Kampffmeyer-Krüger nicht gerade berufen, über lakonische Angriffe, Beleidigungen u. Wehwerde zu führen.

Was speziell Herrn Emil Krüger anbetrifft, so können wir nur besátigen, daß die Weisheit derselben, die schlechten Manieren des Korrespondenten ins Parteileben hineinzutragen, seine Gúndelacht, seine Keimung, politisch Auerdeulende in Birchsháusern Anstempeln, mit dazu beigetragen haben, daß die deutsche sozialistische Mitgliedschaft in Jülich und ebenso die Redaktion des „Sozialdemokrat“ nichts mit ihm zu thun haben mochten. Wir sagen, mit doppeibetragten, denn es waren auch andere Thatsachen mangelnd. Als das geschah, bevor die Herren Kampffmeyer und Müller nach Jülich kamen, es ist also, gelinde gesagt, sehr naiv, wenn sie glauben, jetzt Herrn Krüger als das unflándig verfolgte Opferlamm hinstellen zu können. Wir haben über die Sachen geschwiegen, weil wir abgelegte Genner des Standals sind, und die Befassung mit persönlichen Angelegenheiten möglichst vermeiden. Sollten wir aber provoziert werden, sollte Herr Krüger es versuchen, eine Rolle in der Partei zu usurpiren, zu der er in keiner Weise berechtigt ist, so fallen natürlich diese Rücksichten hinweg und es wird sich zeigen, daß, wenn ein Mensch nicht das Recht hat, über anonyme Angriffe und Denunziationen zu klagen, es Herr Emil Krüger ist.

— Genosse Auer veröffentlicht zur vorstehenden Angelegenheit im „Berliner Volksblatt“ folgende die Herren Müller-Kampffmeyer höfentlich beruhigende Erklärung:

„Also ich bin der Mittelpunkt der „furchtbaren Korruption“ in der Partei, deren Ausmittlung sich die Hans Müller, Kampffmeyer und wie diese jungen Herkulesse laust heißen, als ihre erste große That zur Aufgabe gestellt haben.“

Wessen habe ich mich nun nach der Anklage schuldig gemacht?

- 1) Habe ich das Gebahren und Treiben des Herrn Krüger anders beurtheilt, als dies von seinen jugendlichen Freunden geschieht.
2) Soll ich gelegentlich eines Besuchs des Krüger bei mir demselben gegenüber mich nicht zur Autorität des betr. Artikels bekannt haben (daß ich demnach gefragt worden sei, wird übrigens auch von meinen Anklágern nicht behauptet), ja sogar Entrüstung über denselben zur Schau getragen haben.

Zu 1) habe ich zu bemerken, daß ich wohl begreife, daß es für die Müller und Komorten sehr schmerzhaft ist, die von ihnen gegebene Werthscházung ihres Freundes nur auf ihre Kreise bekannt zu sehen, während das Gros der Partei, vor Allen auch die Jülicher Genossen, die Jahre lang Gelegenheit hatten, die in Frage kommende Persönlichkeit aus nächster Nähe zu beobachten, denken und urtheilen wie ich.

Was aber die Behauptung der Herren Müller und Kampffmeyer betrifft, daß ich Herrn Krüger denunziert habe, so sei nur bemerkt, daß ich den Artikel zur Abwehr gegen Anklágen der „Nordd. Allg. Ztg.“ geschrieben habe, die damals — wo es noch keinen Einlieferer von Reichsdruckschub gab — noch kein in's Gewicht stien und mit dem ganzen Polizeiraufwande der Herrs Jülich-Puttkamer verjagt waren.

Wenn ich dabei den Verkehre der Polizei-Direktoren, die Partei für die Privatangelegenheiten Krüger's verantwortlich zu machen, ja dieselben sogar als die ihm von Parteigenossen übertragene Aufgabe hinzustellen — entschieden zurückweis und die Thatsache feststelle, daß von Seite anderer Genossen in Jülich seit langem der Verkehre mit Krüger gemieden werde, so handelte ich dabei eminent im Dienste der Partei und unserer Sache.

Verlangen Genossen, welche in so kritischen Zeiten, wie die während der Herrschaft des Sozialistengehies waren, im Ausland leben, daß die Partei sie voll und ganz decke und sogar für Handlungen und ihr öffentliches Auftreten die Verantwortung übernehme, dann müssen sie sich eben auch darnach betragen.

Daß Herr Krüger aber in dieser Beziehung viel zu wüßigen übrig lieh, das beweist unabweislich die Thatsache, daß andere Genossen in Jülich sich genóthigt haben, jeden Verkehre mit ihm zu meiden. Im Uebrigen sei nur bemerkt, daß zu der Zeit, wo ich den angeforderten Artikel nieder schrieb, Herr Krüger bereits seit Jahren im Ausland lebte und die Möglichkeit, daß derselbe nach Deutschland zurückkehren werde, mir mindestens ebensovfern zu liegen schien, als ein Gedanke daran, daß die Tage des Sozialistengehies bereits gezáhlt seien und damit für die jugendlichen Genossen des Fröhlichen die Aufgabe beginne, nach Deutschland zurückzukehren, um hier in der sozialdemokratischen Partei den Auguststall der Korruption zu reinigen.

Zur Zeit, als ich meinen Artikel schrieb, befand sich die Partei in einer der schwierigsten Phasen und rühten sich die Gegner zu einem letzten verzweifeltsten Schlag gegen uns. Von Parteien zu helfen und das volkreisigste Lágengewebe, mit dem man die öffentliche Meinung irre zu führen veruchte, zu zerreißen, das war der Zweck des Artikels. Wie weit mir das gelang, bleibe dahingestellt. Thatsache aber ist, daß unsere gesammte Presse und viele Kreise der aguerischen Presse von den Ausführungen des „Berliner Volksblatt“ Notiz nahmen.

In solchen Situationen die Sache der Partei führen und ihr dienen, ist ja allerdings schwieriger (und ein dabei etwa in der Aufregung unterlaufener Fehler wäre gewiß auch eher zu entschuldigen) — als wie jetzt, wo — vorläufig wenigstens — das Schlimmste lieg'reich überhanden ist, seine Sorge darin zu setzen, in durch Sachkenntnis nicht getrütem jugendlichem Ueberseher, recht dumm daher zu reden und zu schreiben.

Was nun Punkt 2 der Vorhalte betrifft, so ist es richtig, daß, als Herr Krüger vor einigen Wochen mich in meiner Wohnung aufsuchte, und er bei dieser Gelegenheit auch auf den Artikel zu sprechen kam, ich es nicht für nothwendig hielt, so zu sagen, daß ich der Verfasser bin. Eine direkte Frage danach erfolgte überhaupt nicht. Der von A. angesprochene Vermuthung gegenüber, daß wohl Liebknecht der Verfasser sei, erwiderte ich, daß dem schon Emil und Sophan widersprochen. Von der von Müller und Kampffmeyer seinerzeit unternommenen Verdrüßigung erfáhr ich erst bei dieser Gelegenheit.

Hátte Herr Krüger irgendwie ein Interesse daran haben können, den Verfasser kennen zu lernen, so hátte ich keinen Augenblick Anstand genommen, mich zu nennen. So aber ging Herrn A.'s Wunsch nur dahin, zu erfahren, ob von Partei wegen ihm etwa Schwierigkeiten gemacht werden, wenn er in Deutschland wieder Donau nehmen sollte, und darauf glaubte ich ihm die Versicherung geben zu können, daß, wenn er nicht vorgehe, sich von uns gewiß Niemand um ihn kümmern werde.

Was nun meine bei dieser Gelegenheit angeblich zur Schau getragene „Entrüstung“ betrifft, so wissen die Genossen, welche mich näher kennen, daß es mit diesem Artikel bei mir überhaupt keine guten Wege hat. In dem besonderen Falle hátte ich mich aber sogar über mich selber entrüsten sollen — das kommt überhaupt nicht vor!

Deisenhofen bei München, 24. August 1890.

3. Auer.“

— Sonderbare Dellege. In einer Einleitung im „Berliner Volksblatt“ vom 23. August führt Dr. Bruno Wille die „jülichen Vorkommnisse unseres Parteilebens“ auf, die ihm und seine speziellen Freunde bewegen haben, schon vor dem Kongresse ihre Stimme zu erheben. Der erste dieser Punkte ist: „Die Haltung der Sozialdemokratie im Reichstage, welche zuweilen gereizt war, die Hoffnung zu erwecken, als könne bereits auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft die Lage der arbeitenden Massen nennenswerth verbessert werden.“ Kehlich áußerte sich derselbe Dr. Wille in der Volksversammlung am 6. Berliner Reichstagswahlkreis. Dort sagte er, laut Bericht des „Berliner Volksblatt“: „Es solle (im Reichstage) auch nicht darauf verzichtet werden, Anträge zu stellen. Die Fraktion habe dabei aber stets zu erklären, daß sie die Anträge nicht in der Hoffnung auf Annahme stellt, sondern um die hángertüchtigen Parteien zu blamieren, um zu zeigen, daß sie Heuchler oder unzáhig sind, etwas für das Wohl der arbeitenden Klasse zu thun. Im andern Falle vergeht man die Kraft.“ Und weiter: „Wenn die Fraktion so thut, als ob sie Gelege durchdrücken könnte, dann könne leicht ein Mann, etwa von dem Standpunkt der „Volks-Zeitung“, mit dem Einwurf kommen: „Die Fraktion hat damit zugegeben, daß auf dem Boden der heutigen Produktionsweise etwas für das Proletariat zu erreichen sei. Damit sei man aber als eine possibilistische Partei angesehen.“

Sáhn. Das ist ein Standpunkt, den wir nicht theilen, aber es ist immerhin ein Standpunkt. Schreibe dieses würde sich zwar, wenn er je in die Lage käme, Parlamentsabhandlung der Partei zu werden — was zum Glück für seine Nerven ausgeschlossen ist — hántens für die Rolle bedanken, die Dr. Wille den parlamentarischen Vertretern der Sozialdemokratie zumüthet. Aber das ist Sache des persönlichen Geschmacks. Halten wir fest, daß nach Herrn Dr. Bruno Wille die sozialdemokratische Prinzipientreue gebietet, den Gedanken, daß in der heutigen

Gesellschaft schon etwas Kennenwertes für die Arbeiter gesehen hätte, mit Entrüstung von sich weisen. Aber anders handelt, wer den heutigen Nachbarn den Freibrief, daß sie zwar nicht den ersten Willen haben, etwas zur Hebung der Lage der Arbeiter zu tun, daß sie aber, auch wenn sie es wollten, es nicht einmal können, so daß sie also nur im Recht sind, wenn sie nichts thun wollen — wer ihnen diesen Freibrief verweigert, ist ein „Vollkoll". In der heutigen Gesellschaft ist jede nennenswerte soziale Reform unmöglich. So Dr. Wille, der Vorkämpfer.

Nur, ein anderes Bild. Eine Volkserhebung in Berlin, einberufen zur Begründung einer „freien Volksbühne“, um an Stelle des Theaters, das die Bourgeoisie auf den Grund gebracht hat, eine Bühne zu schaffen, die die wahre Kunst pflegt, die dem modernen naturalistischen Drama, von dem der verdorbene Bourgeois nicht wissen will, zu seinem Rechte verhilft, der Kunst der Zukunft die Wege ebnet.

Und das soll heute schon möglich sein? Und die Arbeiter, deren Lage heute unerbittlich ist, sollen ihre Zeit und ihre geringen Mittel dazu hergeben, daß ihr ganzes Denken und Trachten ausschließlich auf die Verknüpfung einer neuen Gesellschaft zu verwenden und es dieser zu überlassen, neben andern Dingen auch einer Regeneration der dramatischen Kunst den Weg zu ebnet? Jawohl, das sollen die Arbeiter, sie sollen sich mit der Negerhaltung der Kunst beschäftigen. Heute schon, in dieser Gesellschaft, in der „nichts Reizwerthes“ — so heißt es ja wohl oben? — für sie gesehen kann, sollen sie das Recht einer neuen Kunst pflanzen und pflegen, das herrlich aufgehen und Früchte tragen wird. Und derjenige, der sie dazu anspornt, der sie dazu einläßt, sich, statt mit dem Leben ökonomischer Werke, mit Geschichte und Naturwissenschaften, fernerhin mit Kunsttheorien zu beschäftigen, ist kein Geringerer, als — Dr. Wille. Ja, derselbe Dr. Wille, rät den Arbeitern, zu diesem erhabenen Zweck auch wohlmeinenden Nichtsozialisten, Leuten, die die bürgerliche Gesellschaft nicht für unerbittlich halten, die Hand zu reichen. Neben ihm steht auf der Tribüne u. A. Dr. Otto Brahm von der „Nation“ und der „Vollständigen Zeitung“.

Wir haben hier die wunderbarste Zweifelslehre. Nachdem Dr. Wille den sozialistisch-revolutionären Gato gespielt, der nur das ostentatious des Tabularak-Nachens mit der heutigen Gesellschaft gelten läßt, zieht er sich plötzlich um und erhebt als Vorkämpfer der „freien Volksbühne“ im schönsten Reformrock, den man sich wünschen kann. Das ist allerdings kein Possibilismus mehr. Das ist — nun, wir wollen das Wort unterdrücken, was uns hier in die Feder läuft, aber soviel glauben wir doch sagen zu sollen, daß diese „freie Volksbühne“ uns sehr nahe an das zu treffen scheint, was man ehemals unter Sozialisten Schulzeausmus nannte.

Wir sind keine Spielverderber. Wenn sich eine Anzahl Sozialisten zusammenfinden, um zu mimen, oder sonst sich mit dramatischen Tugenden abzugeben, Kritik oder dergleichen zu treiben, so können wir ihnen gerne ihr Vergnügen. Aber es zu einer Haupt- und Staatsaktion zu steigern, ein Aufhebens davon zu machen, als sei damit Wunder was Großartiges geschehen, zu probieren, nun sei der Bund der Arbeiter und der Kunst besiegelt, das müssen wir denn doch als die größte Abgeschmacktheit bezeichnen, die uns seit Langem in der Partei vorgekommen ist. Man muß sich nur vergegenwärtigen, was diese „freie Volksbühne“ im glücklichsten Falle werden kann, und dem die politischen und sozialen Aufgaben unserer Partei gegenüberstellen, um das Thörichte dieser Ueberheblichkeit einzusehen. Unser Kampf ist denn doch viel zu ernsthaft, als daß wir die Spielerei anders als Spielerei zu behandeln hätten.

Und demeritendwerth, nicht nur Dr. Wille, sondern eine ganze Anzahl von Leuten, die den Kampf für ökonomische Reformen als „possibilistisch“ verwerfen, stehen an der Spitze dieser „Reform der Kunst“. Bemerkendwerth, aber nur zu begründet. Sie haben sich über den festen Boden der Taktik, welche die Partei groß gemacht und sie vor allen Verirrungen bewahrt hat, hinweggesetzt, und verfallen nun auf das Experimentieren. Was im praktischen Leben so schwer von fassen geht, das macht sich im Gebiet der Kunst im Handumdrehen. Da kann man nach Herzenslust „revolutionieren“.

Es ist eine Krankheit, die einen Theil der Berliner Genossen erfaßt hat. Aber die Veräußerung wird auf den Wunsch nicht ausbleiben, und dann werden sie auch wieder den richtigen Blick dafür gewinnen, was possibilistisch ist und was sozialdemokratisch.

Der Hamburger Massenanschluß ist in der Hauptsache beendet. Kann man auch nicht von einem eigentlichen Siege der Arbeiter reden, so freuen wir uns doch, feststellen zu können, daß das Unternehmertum seinen Zweck, den es bei der Zusammenbringung des Kampfes im Auge hatte, nicht erreicht hat. Der mit so riesigem Aufwand unternommene Sturm ist abgeschlagen, die organisierte Arbeiterschaft hat ihre Position behauptet.

Unter dem 16. August schrieb das Hamburger „Echo“: „Angesichts der Thatfache, daß die Zahl der Gemäßigten in den meisten Gewerkschaften soweit gesunken ist, daß sie die durchschnittliche Zahl der in jeder Periode Arbeitslosen nicht erheblich übersteigt, hat sich die Kommission veranlaßt gesehen, die weiteren Sammlungen für die Hamburger Ausgesperrten einzustellen. Als ausgesperrt werden nur noch betrachtet die Glasmacher in Orlowen und Bergedorf, sowie die Gasarbeiter Hamburgs. Die noch vorhandenen und noch einlaufenden Gelder sollen, soweit ein Ueberfluß sich ergibt, für Arbeitslose in Deutschland verwendet werden. Selbstverständlich sind die für Hamburg gesammelten und am Orte noch vorhandenen, sowie die auf in Umlauf befindlichen Sammelbogen gezeichneten Gelder an die Kommission (durch das Hamburger „Echo“) abzuführen. Wo es dringender notwendig ist, wird für die nächste Zeit von der Kommission noch Unterstützung verabsichtigt; sonst muß die Unterstützung jedem einzelnen Gewerkschaften überlassen werden, resp. werden die Hamburger Gewerkschaften die nächsten Summen aufbringen. Es sei an dieser Stelle den Arbeitern allerwärts, welche ihre Hamburger Brüder so reichlich unterstützten, der wärmste Dank ausgesprochen. Dank ihrer thatkräftigen Hilfe ist es den Hamburgern, wenn sie auch nicht einen vollen Sieg erreichten, doch gelungen, ihre Organisationen zu erhalten. Das Unternehmertum, das erst so drohend auf der Unterzeichnung des verächtlichen Revocies bestand, hat angesichts der Entschlossenheit der Arbeiter und der Mittel, die ihnen zufließen, im Ganzen jetzt den Versuch der Sprengung der Organisationen aufgegeben. Wohl wird noch da und dort den Arbeitssuchenden der Revocis zur Unterzeichnung vorgelegt, wohl sind noch manche Opfer des Kleinwandels da, die auf Hilfe ihrer Genossen angewiesen sind, aber der mit so großem Pomp in Szene gesetzte Anprall des Kapitalismus ist abgewehrt. Keine der hier bestehenden Arbeiter-Organisationen ist zerstört worden, wenn auch einige derselben an Mitgliedern verloren haben. Doch wird es dem nimmer ruhenden Eifer der Genossen gelingen, auch diese Scharte wieder auszuheilen, und unerlässliche Organisation und organisatorische Thätigkeit wird es bemerklichen, daß in nicht allzu ferner Zeit die Hamburger Gewerkschaften, befreit von den unruhigen Elementen, fester, entschlossener und mächtiger denn je dastehen werden. Im Kampfe Schulter an Schulter hat Jeder gelernt, wie sehr die aller Arbeiter, mögen sie den verschiedensten Berufen angehören, notwendig ist zum erfolgreichen Streben. Die Kapitalmacht, die sich mit solchem Ungehörigen unter Anwendung der unantastbaren Mittel, auf die Hamburger Arbeiterschaft warf, hat gerade das Gegenteil dessen erzielt, was sie zu erreichen suchte. Sie wollte die einzelnen Vereine sprengen, und statt dessen haben sich diese nur fester gesüßt und haben den Werth des Hand-in-Handgehens mit den andern auf's Neue kennen gelernt. Das ist eine große Errungenschaft der Arbeiter und ein enormer Nachtheil für das Unternehmertum. . . . Es erübrigt nun noch, ein ungefähres Bild der jetzigen Lage zu geben. Außer den Mannern, von welchen uns die Zahl der Gemäßigten nicht vorliegt, zählen in Hamburg die Zimmerer noch 90 Gemäßigte; zu unterstützen sind ferner 13 Frauen Abgereister und 160 Kinder. Der Verein der Mantelarbeiten zählt 72 arbeitslose Mitglieder, wovon 46 mit 79 Kindern der Unterstützung bedürfen. Die Ueberführer sind noch immer in schlimmer Lage; 208 sind noch seit dem 1. Mai ausgesperrt, 400 haben wohl Arbeitsheute, aber keine Arbeit erhalten. Die Schlichter müssen für 40 Gemäßigte sorgen. Von den Erdarbeitern und Zimmerarbeiten befinden sich 143 im Ausstand, wovon 36 Verheiratete mit 60 Kindern und 13 Lebige unterstützungsbedürftig sind. 23 Pfärterinnen sind noch gemäßigert; ferner ist für

9 gemäßigerte Formen zu sorgen. Die Gasarbeiter haben noch 32 Gemäßigerte mit 87 Kindern. In Altona sind 34 Zimmerer mit 50 Kindern, ferner 3 Frauen Abgereister zu unterstützen. 16 Bergedorfer sind noch ausgesperrt, wovon 4 Verheiratete mit 4 Kindern. Die Glasmacher haben 150 Ausgesperrte zu unterstützen; 105 derselben haben 274 Kinder. Die Glasmacher in Bergedorf haben noch 99 Ausgesperrte. (Für die Glasmacher wird zum 17. September eine Versammlung zum Bekahren erwartet.) In Seefisch sind seit 2. August 13 Nordmänner ausgesperrt.

Wie man sieht, müssen noch sehr viele Leute unterstützt werden, und doch erklären die Hamburger, der Hilfe der Kameraden im übrigen Deutschland nicht mehr zu bedürfen, von nun an wieder selbst für ihre Gemäßigten zu sorgen. Das ist der alte treifliche Geist, der diese Elitegruppe der deutschen Arbeiterschaft von jeder Befehls hat: ihr hohes Pflichtgefühl und ihre bewundernswürdige Entschlossenheit. Wahrscheinlich, wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die thatsächliche Hilfe der Genossen Allenthalben hier am rechten Plage war, so ist er in den einleitenden Sätzen dieser Erklärung gegeben, und ebenso liegt in diesen Sätzen schon das sprechende Zeugnis, daß der Kampf des Hamburger Proletariats pro Nihilum gewesen ist. Hamburg ist, was es war, und wird sein, was es ist: das schwarze Bollwerk der Sozialdemokratie im nördlichen Deutschland.

Es war ein harter Kampf, den die Hamburger Arbeiterschaft ausgefochten hat, und schwere Opfer hat er erfordert. Jetzt, wo er so gut wie vorüber ist, können wir feststellen, daß wir uns während seines Verlaufes wiederholt die Frage vorgelegt haben: ob das Ziel, dem der Kampf galt, nicht auf anderem Wege erreicht werden konnte, als auf dem so großer Entfaltung, so ungeheurer Entbehrungen. Wo die Kapitalmacht so rücksichtslos mißbraucht wird, die Staatsgewalt so einseitig für das ausdehnende Kapital Partei ergreift, worin jedes Mittel, das zum Ziel führte, gerechtfertigt. Wiederholt legten wir die Feder an, um den Hamburger Arbeitern zurufen: Man benutz die Zwangslage, um eure Unterdrückung zu expressen — wofür, unterfährst, aber mit dem festen Entschluß, das Wort zu brechen, sobald die Zwangslage vorüber. Aber wir legten die Feder ebenso oft wieder ab — nicht etwa, weil wir über die moralische Zulässigkeit eines solchen Rathes im Zweifel waren, sondern weil wir erstens nicht Verwirrung in die Reihen der Kämpfenden tragen wollten, und weil wir uns zweitens fragten: so gerechtfertigt eine solche Unterdrückung mit der Absicht, sie nicht zu halten, dem entsprechenden Unternehmertum gegenüber auch wäre, so wenig wünschenswerth bleibt sie doch vom Standpunkt der Arbeiter aus, und zwar um ihrer Konsequenzen willen. Es ist eine Verleitung für alle Schwächlinge, um gleichen Ausweg zu greifen, auch wo die Notwendigkeit weniger dringlich ist, und nur die Bequemlichkeit eine Beside sucht, dem Kampf aus dem Wege zu gehen. Ihre Nachahmung führte zur Verwilderung, der Befreiungskampf der Arbeiterklasse aber erzielte männliche Widerstandigkeit. Und so freuen wir uns, daß die Hamburger ohne dieses Mittel den Anschlag des Proletariats umgekehrt gemacht haben. Dem Letzteren, wiederholen wir, wäre damit allerdings kein Unrecht geschehen.

Das alte Märchen geht wieder durch die Geldprohenpresse, daß die „Führer“ der Arbeiter, insbesondere die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion keine Arbeiter seien. Der einzige „Arbeiter“, der bisher noch als solcher im Reichstag figurirt habe — Weicker — ist in Wirklichkeit auch „Fabrikant“ und werde im Rüdinger'schen Almonach (alias „Verbrecheralbum“) auch als Fabrikant aufgeführt. Es fällt mir natürlich nicht ein, das alberne Gerücht widerlegen zu wollen. Daß ein Arbeiter, der von den Arbeitgebern auf die „Schwarze Liste“ gesetzt ist, keine andere Wahl hat, als entweder zu verweigern, oder (mit Hilfe seiner Genossen und im Vertrauen auf dieselben) sich „selbstständig“ zu machen, als Kaufmann, Fabrikant — oder Expedient, Redakteur, Korrektor an einem Parteiblatt, oder Angestellter eines sonstigen Parteiunternehmens zu werden, das liegt auf der Hand und wird nur von dem nicht eingesehen, der es nicht einsehen will. Daß aber das deutsche Unternehmertum in seiner bodenlosen Inlichlotterigen Feigheit, und im niederschmetternden Bewußtsein seiner geistigen Impotenz mit der Arbeiterklasse keinen ehrlichen Kampf wagt, sondern heimlich das Proletariat durch Reduktion seiner Vorkämpfer kampfunfähig zu machen sucht, das ist eine Thatfache, die doch wahrlich nur dem Unternehmertum zur Schande gereicht, und nicht der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie. Daß die deutschen Herren Bourgeois und die Folgen ihrer eigenen Infamie als Makel anhängen möchten, beweist höchstens, daß sie auch den letzten Rest von Schamgefühl abgeworfen haben.

Jetzt, wo die Geschäfte allgemein schlecht gehen, werden beifällig die Arbeitermaßregelungen wieder im ausgedehnten Maße betrieben. Der Erfolg ist indes ein weit geringerer als es in früheren Perioden schlechten Geschäftsganges der Fall war. Die Organisation und mit ihr die Widerstandskraft der Arbeiter hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht; und zu unserer Genugthuung können wir feststellen, daß der Ansturm des Geldproletariats auf das Koalitionsrecht der Arbeiter stetig abgeklungen worden ist. In Hamburg wurde die Entscheidungsschlacht geschlagen, und in Hamburg haben die Fachvereine triumphirt, wenn es auch den Arbeitern nicht gelungen ist, die Verkürzung der Arbeitszeit zu erwirken.

Die deutschen Arbeiter dürfen jedoch auf ihren Vorbeeren nicht ausruhen. Die geschlagenen Unternehmer werden sich zu revanchiren haben — und da gilt es überall nach Kräften die Organisation verbessern und kräftigen. Schwere Kämpfe stehen uns bevor!

Briefkasten

der Redaktion: Deutsche Lesegesellschaft in Kopenhagen: Ihre Anschrift kommt in nächster Nr. zum Abdruck. — R. G. in Bonn: Desgl. Ihre Anregung ist entschieden der Berücksichtigung werth. — J. A. in Bukarest: Es freut uns, daß Sie die Verhältnisse in Deutschland so richtig beurtheilen. — Verleumdung: Sie wünschen und baldige glückliche Anferkung? Das ist ja wirklich ein Teufelswunsch. Es ist doch wohl besser, es bleibt bei der „Todtenbahn“. Für Ihren freundlichen Nachruf besten Dank.

der Expedition: Verleumdung: Sie haben noch Nr. 395 gut, wofür Schft. II. Katalog zur Verfügung stehen. Wenn die Lebenden schweigen müssen, werden die Todten aufstehen. Gruß. — Berlin: Anfrage v. 22. am 25/8 per P. R. beantwortet. Adressierte Cassa erwartet. — Karl Schwarz: Nachr. v. 22/8 am 25. erb. — Ailian: Aus dem 20/8 hier. Sehen Sie wohl, daß der Knäppel beim Hände lag. — Habe nun Zeit und Arbeit. Gruß! — Petrus: Fdb. v. 22/8 erant. Nicht 2. Le., sondern 2. H. heißt der Mann. — Daniel: Am 22/8 Aufschluß abg. u. Bildg. notirt. Ist denn V. jetzt geordnet? Ailo Mitte Sept. — X. 3. V.: Am 18. Erfragtes kommt lt. Hf. Nachricht v. 22/8. — R. 2. Hg. 1. S.: Schluß folgt nach Wunsch. Ueberfluß kommt dem Generalabdruck zu gut. — G. W. A. B. Hier: Eb. 4. 1. f. Schft. erb. — Phönix: Nr. 20. — a. Gto. Alles u. Schft. erb. — W. G. war in Zwischenband mißverständlich behandelt worden. Jetzt direkt geordnet. Bildg. folgt. Hf. Weiteres. — Bildg. Verb. Verein Basel: Ihrem Wunsch ist entsprochen. — Blasko: Nr. 21. v. 12/8 Angefragtes erwartet, bitten vor Allem, N. nicht zu vergessen. Originalanfrage haben an D. G. abgeleitet. — Fernand: Ad. lt. Vorlage v. 19/8 geändert. Nr. 22. — Ueberfluß dem Ad. bld. zugewiesen. — Vorleg: Nr. 21. am 22/8 beantwortet, u. weitere Nachr. erwartet. — Nola: Bei Eingang v. 22/8 war Ausg. auch von H. hier. Das „Heilige“ muß eben in I. verschluckt werden, denn in „Spanien“, ja in „Spanien“ ist es schwerer — „Minder zu sein!“ St. Brat. ad notam und was darüber ist mitgeteilt. Gruß! — G. Kofow Hier: Fdb. 3. — a. Gto. Ab. x. erb. Spezialanfrage. u. H. — Schuppe: Nr. 100. — a. Gto. Ab. x. erb. — W. Hm. Hm.: Fdb. 1. — a. Gto. S. D. x. erb. — G. Schumann Cincinnati: Fdb. 2. — a. Gto. Ab. x. per W. G. B. erb. u. per P. R. am 26/8 antwortet. — K. Wagenführer in Philadelphia: Gebildg. v. 12. am 22/8 erb. u. H. Spezialanfrage an die Drg. Gemäßigten abg. Bildg. l. d. Selt. Anlangendes Hf. mehr. — G. W. A. B. H. 1. — Ab. per Sept. erb. — Pastor Müller: Nr. 50. — a. Gto. Ab. x. erb. Fortsetzung sobald möglich. Gruß. — Jbs. Brüssel: Nr. v. 20. am 25/8 beantwortet, und weitere Nachrichten veranlaßt. — Michel: Erfragtes ist unterwiegend Anfrerseite ist's sehr bedauerlich worden, aber — „der Himmel

ist hoch und der Jar ist weit ungeduldiger — Freund! — Dante: Unser Schmerzensschrei war gedrückt, als Ihr Pfänderchen ankam. Ein „Wangsanlehen“ nennen wir's, wenn man uns mit Himmels auf gehabte Auslagen „für dringliche Zwecke lokaler Art“, laufend verdrückt; ein „Koch“, das sich „viele Hungerige“ bei uns leisten, ohne erst zu fragen. Hf. Weiteres betr. W. Groß u. Bildg. zum Vorhaben. — Theo London: Nachr. u. Bildg. v. 22/8 erb. Siehe Spezialanfrage, unter Hamburger Sife. Abdr. erwartet, um Weiteres nach Wunsch zu senden. Grüße erwidert. — Nothos Hülflein: Nr. 46. — a. Gto. Ab. x. erb. Hoffentlich bald Fortsetzung. — Gedr. Herminghaus-St. Louis: Fdb. 6.32 a. Gto. Ab. x. erhalten. Natürlich wird der Ertrag vorläufig geordnet, wie Sie vermuthen. Weiteres sobald man sieht. Mehrerbildg. folgt. — G. Hefsch. A. York: Fdb. 2.13.5 a. Gto. Ab. x. erb. u. Bildg. befragt. Diebits wie jenseits hat Alles seine Pflicht gethan u. wird sie ferner thun. Gruß! — Glas Bild: 40 fr. f. Schft. erb. u. Sdg. am 26/8 beantwortet. — Notho Sauerländer: Nr. 11.55 f. Schft. erb. u. Bildg. notirt. Weiteres erwartet. — G. S. J.: Nr. 34.61 a. Gto. Schft. Herb. erb. u. Verbleibendes gelöst. — A. Kühne A. York: Das Bild. war ursprünglich für Sie bestimmt. Inhalt kann dort bleiben. Abdr. von anderer Hand. Erhalten. sind angekommen. Hf. freuten. — J. D. Schow. a. R.: Nr. 5.30 f. Schft. u. Ab. per September erb. Bildg. folgt u. Hf. Weiteres. — W. H. Jr. Jrd.: Nr. v. 24/8 erb. Ist unre Sendung v. 27/8 a. e. an N. angekommen? Das ist die Frage. Vom Weiteren reden wir nicht. — Hf. Vbn.: Nr. 1. — f. Schft. erb. — W. A. M. Gent: Nachr. v. 25/8 erb. u. Bildg. notirt. Hf. Weiteres. Ueber den jugendlichen Schwindler, Mechaniker Weidner aus München, der unter dem Namen „Henrich aus Stuttgart“ angeblich wichtige Aufträge dort für uns zu befragen vorgab, reden wir ein Weiteres im „S. D.“, sobald er sein Treiben nicht einstellt. Gruß! — Deutsche Lesegesellschaft Kopenhagen: Fdb. 1.2. — f. Schft. erb. u. Weiteres erwartet. — G. Daldow Wembley: In nächster Nummer. — Scheide: Alles hier. Hf. 34. Neue Abdr. v. 25/8 notirt. Gruß!

W. J. Overhoff in Y (Holland). Sie schicken uns 4 Pence per Posteingahlung. Dafür?

Für die gemäßigerten Streiker in Hamburg

sind uns zur Uebermittlung ferner zugegangen:

Quittung Nr. 34	Mk. 1612.45
Bader Union Nr. 35 in Philadelphia	Doll. 2.—
Zigarettenmacher Progress-Union Philadelphia	5.—
Neuer Tischler-Verein Philadelphia	10.—
Deutsche Sektion S. A. P. Philadelphia	10.76
Fdb. 6.14. — per Doll.	27.76
Theo in London, mein legies Bild	20.—
Deutscher Bader-Klub Nr. 78, Christianstreet London E	5.—
gesammelt Sch. 5.—	
	Mk. 1751.45

Aufruf!

Alle Genossen und Freunde, die in der Lage sind, wichtige Mittheilungen aus dem frühesten Vereinsleben, speziell der Gründung des jetzigen Deutschen Arbeitervereins Basel (früher, vor 1851, Deutscher Arbeiterverein Basel und Arbeiterverein deutscher Handwerker in Basel) machen zu können, werden freundlichst ersucht, alles Diebeszügliche an die Adresse des Deutschen Arbeitervereins, Schwannengasse, Basel, gelangen zu lassen. Für etwaige Auskünfte bestens dankend, zeichnet mit sozialdemokratischen Gruß

Deutscher Arbeiterverein Basel.

London. Kommunistischer Arbeiter-Bildungs-Verein

49 Tottenham Street.
Samstag den 30. August, Abends Punkt 9 Uhr,

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:
Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, ev. Wahl eines Delegirten.

Samstag den 6. September

Vortrag von Vgr. W. Fuchs

über
Wie man Sozialist wird, und Erläuterungen des Sozialismus.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Große Preisherabsetzung!

Wir sind in den Besitz des Restes der amerikanischen Ausgabe von
Lassalle's sämtlichen Reden und Schriften
Komplet in 3 Bänden

gelangt, die wir, um damit zu räumen, den Genossen zu wesentlich herabgesetzten Preisen überlassen wollen.
Der bisherige Preis betrug: Mk. 12.— brochirt, gebunden Mk. 16.—.
Von heute ab sind wir in der Lage,
brochirte Einzel-Exemplare zu Mk. 7.—
Partienweise „ „ „ 6.—

liefern zu können. In Originalbänden gebunden stellt sich der Einzelpreis auf Mk. 11.—, der Partienpreis auf Mk. 10.—.
Zahlreiche Nachfragen nach diesem bei uns längere Zeit hindurch vergriffenen Werke, das zu so billigen Preisen kaum je wieder angeboten werden dürfte, machen es wahrscheinlich, daß dieser Rest baldigst vergriffen sein wird, weshalb wir umgehenden Bestellungen entgegensehen.

Desgleichen haben wir den Preis von

Joh. Jakoby's gesammelten Reden und Schriften

4 Halbbände,
der bisher Mk. 6.— betrug, auf
Mk. 4.— reduziert.
Da auch hiervon nur noch eine beschränkte Zahl vorhanden sind, so dürfte umgehende Bestellung sich empfehlen.
Porto zu Lasten der Besteller.

Durch uns ist zu beziehen:

Das Profokoll

des

Internationalen Arbeiter-Kongresses

zu Paris.

Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889.
Deutsche Uebersetzung. Mit einem Vorwort von W. Liebknecht.
9 Bogen. Groß-Oktav. Preis 50 Pf.
Bei Partienbezug gewähren wir großen Rabatt.

G. Bernstein & Co.
114 Kentish Town Road London N.W.